

Christliche Verantwortung für Europa

Martin Greschat

Der Protestantismus hat vor allem in den Anfangsjahren des europäischen Einigungsprozesses eine wesentliche Rolle gespielt. Leider sind jedoch viele seiner Beiträge heute weithin vergessen. Vor allem scheint aus dem Bewußtsein geschwunden, daß nicht nur kirchliche Institutionen dabei verantwortlich am Werk waren, sondern mindestens ebenso sehr eine Vielzahl von Laien, von evangelischen Männern und Frauen, die sich direkt oder indirekt in die politischen Bemühungen um die Einigung Europas eingeschaltet hatten. In dieser Hinsicht kommt einer im Frühjahr 1950 entstandenen Organisation besondere Bedeutung zu.

Es war die Zeit des ersten Höhepunkts der Zustimmung zum Europagedanken in breiteren Kreisen der Bevölkerung in der Nachkriegszeit. Anhalt fand diese Einstellung an Robert Schumans Projekt eines gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl, das er am 9. Mai 1950 proklamierte. Eine internationale Behörde sollte diesen Zusammenschluß organisieren und kontrollieren. Das Ergebnis war die Montan-Union, die am 18. April 1951 von Frankreich, Italien, der Bundesrepublik Deutschland sowie den Benelux-Ländern gegründet wurde. Sicherlich spielten dabei auch sehr reale politische und wirtschaftliche Interessen eine Rolle, zumal bei Frankreich. Aber darüber darf doch nicht vergessen werden, daß es sich bei dieser Organisation auch um das Bestreben handelte, neue Wege der Kooperation in Westeuropa zu suchen und zu gehen. Und eben das war der Grund für die Faszination, die für viele Zeitgenossen vom Schuman-Plan ausging.¹

In diesen Zusammenhang also gehörte die Vereinigung, die sich zunächst „Ökumenische Kommission für europäische Zusammenarbeit“ nannte. Verschiedene Faktoren hatten bei ihrer Entstehung eine Rolle gespielt. Da war zunächst die Tatsache, daß es in verschiedenen europäischen Ländern des Westens evangelische Persönlichkeiten in angesehenen und insbesondere in politisch einflußreichen Positionen gab, die sich schon seit längerem für die Einigung des Kontinents eingesetzt hatten – und die nun zum Teil bei den neuen europäischen Behörden arbeiteten. Der Politiker und Wirtschaftswissenschaftler Professor Dr. André Philip in Frankreich gehörte zu diesem Kreis, ebenso der Niederländer Dr. C. L. Patijn, der schwedische Kammerherr James I. A. Dickson sowie die beiden Belgier Pierre Mahillon und Jean Rey, letzterer Minister in seinem Land und dann

¹ Vgl. dazu den informativen Überblick bei W. Loth, *Der Weg nach Europa*. Göttingen 1990, bes. 69–90.

EWG-Kommissar für Außenbeziehungen, schließlich (seit 1967) Präsident der EG-Kommissionen. Zu nennen sind ferner die Briten John Edwards, Sir Kenneth Grubb und Kenneth Johnstone, ferner – neben manchen anderen – der schweizer Jurist Werner Kaegi, Dr. Max Kohnstamm, der Sekretär der Hohen Behörde der Montan-Union in Luxemburg, der norwegische Jurist Erling Wikborg wie auch der italienische Chemieprofessor Mario Rollier. Westdeutschland war zunächst durch Dr. Dr. Gustav Heinemann sowie den niedersächsischen Ministerpräsidenten Hinrich Kopf vertreten; später kamen noch Bundestagspräsident Dr. Hermann Ehlers sowie der Fuldaer Fabrikant Dr. Walter Bauer dazu. Trotz mancher personeller Veränderungen blieb die Gruppe während der gesamten Zeit ihres Bestehens ein ausgesprochen homogener Kreis hervorragender Spitzenpersönlichkeiten. Zum inneren Zusammenhalt trug insbesondere in den ersten Jahren in hohem Maße bei, daß sich eine Reihe dieser Männer bereits aus der Arbeit im Studentenweltbund kannte und daß nicht wenige aktiv im Widerstand gegen das nationalsozialistische Deutschland gestanden hatten. Im übrigen betonte man ebenso nachdrücklich wie durchgängig, daß dieser Kreis Raum biete für die verschiedensten gesellschaftlichen und politischen Überzeugungen, daß es sich bei den Äußerungen der Kommission also in aller Regel um „einen Querschnitt durch alle sozialen und politischen Auffassungen – sozialistische, liberale und konservative“ – handele.²

Gefördert wurde die Gründung der Kommission durch Visser't Hooft, den Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen. Ihm lag an einem Gremium, das den westeuropäischen Einigungsprozeß aufmerksam und kritisch begleitete. Dazu war die im August 1946 in Cambridge gegründete „Kommission der Kirchen für internationale Angelegenheiten“ (KKIA), die sich mit den Problemen in der ganzen Welt befassen sollte, weder fähig noch bereit.³ Zudem lagen die Büros dieser Organisation in New York und London, also außerhalb jener Länder, um die es jetzt bei der Einigung Europas ging. Und insofern konnten die konkreten Pläne Paul Abrechts, die auf die Gründung einer eigenen Arbeitsgemeinschaft in der lockeren Anbindung an den Ökumenischen Rat in Genf hinausliefen, Visser't Hoofts volle Zustimmung finden.

Es war das Engagement, der Einfallsreichtum und nicht zuletzt die organisatorische Fähigkeit dieses Pfarrers Dr. Paul Abrecht, wodurch schließlich jene Kommission nicht nur zustande kam, sondern auch jahrelang erfolgreich arbeitete. Abrecht gehörte offiziell zur Studienabteilung des Weltrates, fungierte jedoch bald vor allem als der dynamische Sekretär der neuen ökumenischen Kommission.

² So z.B. in dem hektographierten Mitteilungsblatt *Problèmes Européens / Europäische Entscheidungsfragen / European Issues* (zit. EE); Nr. 17, 29. 10. 1962, 1. – Für wichtige Anregungen und Hinweise möchte ich auch an dieser Stelle den Herren Dr. Paul Abrecht, Max Kohnstamm sowie Dr. C. L. Patijn sehr herzlich danken.

³ Einzelnes dazu in meinem Artikel: *Verantwortung für den Menschen. Protestantische Aktivitäten für Menschenrechte und Religionsfreiheit in und nach dem Zweiten Weltkrieg*. In: B. Jendorff/G. Schmalenberg (Hg.), *Politik – Religion – Menschenwürde*, Gießen 1993, 103–122.

I. Die Anfänge

Am 19. Mai 1950 erfuhr Paul Abrecht von Visser't Hooft, daß er in einer Unterredung mit Kenneth Grubb – der Mitglied und später Vorsitzender der KKIA war – die selbständige Tätigkeit der geplanten Kommission neben der KKIA vereinbart habe. Und der Nationalrat der britischen Kirchen, der sich in der Nachkriegszeit auch mit dem Europathema befaßt hatte, werde fortan der „Ökumenischen Kommission für europäische Zusammenarbeit“ die Initiative auf dem europäischen Feld überlassen.⁴ Daraufhin konnte sich dieses Gremium im Juli 1950 konstituieren. Den Vorsitz übernahm zunächst André Philip, sein Stellvertreter wurde C. L. Patijn, der dann zunehmend die Seele des Ganzen bildete und später auch den Vorsitz der Kommission übernahm. Als Sekretär wirkte, wie erwähnt, Paul Abrecht.

Entstanden war ein Kreis evangelischer Laien aus verschiedenen europäischen Ländern, die im ökumenischen Geist freiwillig und in eigener Verantwortung über die politischen und wirtschaftlichen Fakten und Herausforderungen arbeiten wollten, die im Zusammenhang mit dem westeuropäischen Einigungsprozeß auf die Kirchen und die Christen insgesamt in diesem Raum zukamen. Sehr vielfältig waren die kirchlichen und erst recht die theologischen Voraussetzungen dieser Männer; darüber wurde allerdings in der Regel nicht ausführlich diskutiert. Als verbindendes Element trat immer wieder das Konzept der „Verantwortlichen Gesellschaft“ zutage, wie es 1948 auf der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Amsterdam formuliert worden war. Da hieß es u.a.: „Eine verantwortliche Gesellschaft ist eine solche, in der Freiheit die Freiheit von Menschen ist, die sich für Gerechtigkeit und öffentliche Ordnung verantwortlich wissen, und in der jene, die politische Autorität oder wirtschaftliche Macht besitzen, Gott und den Menschen, deren Wohlfahrt davon abhängt, für ihre Ausübung verantwortlich sind.“ Und weiter: „Für eine Gesellschaft, die unter modernen Lebensbedingungen verantwortlich bleiben soll, ist es erforderlich, daß die Menschen die Freiheit haben, ihre Regierungen zu kontrollieren, zu kritisieren und zu wechseln, daß die Macht durch Gesetz und Tradition verantwortlich gemacht und soweit wie möglich auf die ganze Gemeinschaft verteilt wird. Es ist erforderlich, daß wirtschaftliche Gerechtigkeit und die Bereitstellung gleicher Entfaltungsmöglichkeiten für alle Mitglieder der Gesellschaft gesichert werden.“⁵ Dabei ging es dem Kreis bezeichnenderweise nicht primär um die Formulierung von konkreten Handlungsanweisungen, sondern um möglichst authentische Informationen, d.h.: es ging um das Sich-Einlassen auf die aus unterschiedlichen nationalen, politischen, kulturellen und religiös-kirchlichen Faktoren gespeisten Überzeugungen der anderen. Um dabei mit den rasch sich wandelnden Verhältnissen Schritt halten zu können, waren zwei Tagungen im Jahr vorgesehen. Aus demselben Grund hatte man beschlossen,

⁴ Archiv des Ökumenischen Rates in Genf (zit. AÖR), Headquarters Staff: P. Abrecht, 1949–1967.

⁵ F. Lüpsen [Hg.], Amsterdamer Dokumente. Berichte und Reden auf der Weltkirchenkonferenz in Amsterdam 1948. 2. Aufl. Bethel bei Bielefeld o.J., 50.

die Versammlungen in verschiedenen Ländern durchzuführen und dann jeweils einen Kreis weiterer Sachverständiger hinzuzuziehen. Bei alledem galt der Grundsatz, die jeweilige Eigenart des Gesprächspartners unbedingt zu respektieren, allerdings auch auf deren argumentativer Begründung zu drängen. So dienten die Zusammenkünfte nicht nur dem Austausch von Informationen sondern stellten immer auch den Versuch dar, durch Kritik und Selbstkritik voranzukommen im Blick auf die Formulierung eines Kerns gemeinsamer Überzeugungen und Zielsetzungen. In diesem Sinn wollte man dann Kirchenführern, Gemeinden sowie einzelnen Christen Anstöße geben und Anregungen unterbreiten, damit sie sich verantwortlich mit den Veränderungen in Europa auseinandersetzen könnten. Kurz: In alledem agierte die Kommission in einer ausgesprochen protestantischen Weise.

Die erste Sitzung des zunächst noch provisorischen Leitungskomitees fand am 14. September 1950 in Paris statt.⁶ Paul Abrecht schlug eingangs vor, sich zunächst einmal über die theologischen Grundlagen der geplanten Arbeit zu verständigen: „What is the will of God for Christians in Europe today? How does the new situation of Europe and the crisis of its institutions help us to understand the will of God for us?“⁷ Danach sollte die Kommission ein möglichst realistisches Bild der gegenwärtigen Verhältnisse entwerfen und versuchen, die Herausforderungen für das Handeln von Christen zu formulieren. Es müsse darum gehen, „to try to state some guiding principles or working hypotheses which would help Christians to find a common policy of action on these problems“.⁸ Schließlich wäre zu überlegen, welche unmittelbaren Aufgaben aus alledem für die Kirchen folgten.

Aber André Philip setzte als Vorsitzender die umgekehrte Reihenfolge durch. Zunächst sollte von den Herausforderungen im heutigen Leben in den verschiedenen westeuropäischen Ländern die Rede sein, danach wollte man die daraus resultierenden moralischen und geistlichen Aufgaben in den Blick nehmen. Diese Vorgehensweise ist im Prinzip für die Arbeit der Kommission charakteristisch geblieben. Man war dementsprechend durchgängig in der Lage, die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen ringsum sehr genau und detailliert zu erfassen und zu analysieren. Weniger klar und präzise – und bisweilen sogar eher aufgesetzt – muten dagegen nicht selten die religiösen und theologischen Überlegungen sowie Folgerungen an. Das war insbesondere dann der Fall, wenn man sich ausdrücklich nicht mit der Wiederholung von moralischen oder spirituellen Grundsätzen zufrieden geben wollte.

Die erste Analyse bot also Philip. Nach seiner Überzeugung stand Frankreich vor der Alternative Kommunismus oder vereinigtes Europa. Wollte man aber das letztere, mußten der soziale und wirtschaftliche Standard der Bevölkerung angehoben werden, vor allem bei der Arbeiterschaft. Die Möglichkeiten dazu bot der gemeinsame europäische Markt. Seine Real-

⁶ Minutes of the Meeting of the Provisional Steering Committee. AÖR, CCIA: Europe, 1948–1964.

⁷ Ebd., 2.

⁸ Ebd.

sierung eröffnete gleichzeitig die Chance, die Kosten für die notwendige Aufrüstung Westeuropas sowohl einzugrenzen als auch einigermaßen gerecht zu verteilen. Dahinter stand bei Philip unübersehbar das Konzept von Westeuropa als „dritter Kraft“. Der wirtschaftliche Zusammenschluß und die gemeinsame Verteidigung waren danach lediglich die Konsequenzen der politischen Einigung, um die es Philip vor allem ging. Deutschland – d.h. Westdeutschland – würde davon wirtschaftlich und auch politisch in hohem Maße profitieren. Aber gleichzeitig ließ Philip keinen Zweifel daran aufkommen, daß eine solche umfassende Einbindung der Bundesrepublik zugleich das Ziel verfolgte, den übrigen Staaten Westeuropas Schutz vor der deutschen Gefahr zu bieten. Wesentlich war für Philip schließlich der Gesichtspunkt, daß ein solches Vereintes Europa selbstbewußt und politisch aktiv den USA und auch den Ländern der Dritten Welt gegenüber würde auftreten können.

Gustav Heinemann konzentrierte sich dagegen faktisch allein auf Deutschland. Von Europa zu reden, fiel ihm schwer: wegen der Teilung des Landes und weil der Zusammenschluß des Kontinents jetzt so selbstverständlich mit der Problematik der westdeutschen Wiederbewaffnung verknüpft war. Diese mußte nach Heinemanns Überzeugung schlimme Folgen für die Psyche und die politische Struktur der jungen deutschen Republik haben. Viel wichtiger als alle militärischen Überlegungen sei doch die Lösung der gewaltigen sozialen Probleme in Deutschland, betonte er. Anders als bei Philip mündete Heinemanns Analyse schließlich in eine klare theologische Frage: „We are asking what the word of God has to say in this situation. What does it say to us in Germany? May it not be that God has made us defenseless after we have brought about two wars? May it not be that we ought to remain defenseless until we realize what we have done? Should we not rely more on God than on arms?“⁹

Düsterer als Philip sah der Italiener Rollier die Lage in seinem Land. Niedergeschlagenheit und Pessimismus überwögen, der Kommunismus dominiere unter den Arbeitern, der antikommunistische Fanatismus der römisch-katholischen Kirche bewirke zusätzliche Spannungen. Gleichwohl gebe es die Hoffnung auf ein vereintes Europa. Um ihr Auftrieb zu verschaffen, sollten die Kirchen einerseits einen europäischen Kirchenrat bilden und sich andererseits gegen das Wiederaufleben des Nationalismus wenden, der fraglos überall mächtig würde, wenn die deutsche Wiederbewaffnung innerhalb der alten nationalen Strukturen vor sich ginge.

Völlig anders lägen die Dinge in England, erklärte Kenneth Grubb. Die Verbindungen seines Landes zum Commonwealth seien traditionell enger als zum Kontinent. Vor allem aber: England habe seine gegenwärtige innere Stabilität durch erhebliche Opfer selbst erreicht – und brauche deshalb in dieser Hinsicht kein vereintes Europa. Auch sähen die meisten Christen darin keine geistige oder geistliche Herausforderung. Wenn sie sich überhaupt mit diesem Thema befaßten, diskutierten sie über die Bedeutung des Christentums für eine funktionierende Demokratie – und kritisierten die Existenz christlicher Parteien.

⁹ Ebd., 4.

Wie dann noch oft in den folgenden Jahren nahm auch jetzt der Niederländer Max Kohnstamm die verschiedenen Gesichtspunkte auf, auch die britischen, und integrierte sie in seine eher grundsätzlichen Überlegungen. Die entscheidende Frage laute doch, argumentierte er, wie sich in Europa eine Gesellschaft aufbauen und verteidigen ließe, die Menschen die Möglichkeit des friedlichen Zusammenlebens böte. Und eben das meine, in der christlichen Terminologie ausgedrückt, die Verantwortung für den Nächsten.

Da sich viele wirtschaftliche und politische Probleme nicht mehr auf der Ebene des Nationalstaates lösen ließen, habe der Gedanke eines vereinten Europas zunehmend Gestalt angenommen. Nun komme es darauf an, den Menschen in Europa die Realität dieser neuen Basis ihres faktischen Zusammenlebens mitsamt den daraus erwachsenden Verpflichtungen vor Augen zu führen. Anders ausgedrückt: „As Christians we need to say something about the moral responsibility we have to think in terms of the welfare of the European community in making our political and economic decisions.“ Dabei ging es nun allerdings gerade nicht um die Formulierung von Allgemeinplätzen, sondern um das Bemühen, sehr konkret das Verantwortungsbewußtsein der Christen und Kirchen in den verschiedenen westeuropäischen Ländern füreinander zu wecken – so eben der Briten für den Kontinent, der Deutschen für Europa, der Europäer auch für die USA – usf. Denn erst dann, betonte Kohnstamm, wenn man die jeweiligen Eigenarten, Interessenlagen und Zielsetzungen begriffen habe, bestehe die Voraussetzung, sinnvoll miteinander zu reden und eventuell auch ein wirkliches Verantwortungsbewußtsein der westeuropäischen Christen und Kirchen – und dann der Völker – füreinander auf den Weg zu bringen.

Im Blick auf die Schweiz warnte schließlich Denis de Rougemont davor, die falsche Konzeption eines christlichen Europas mit der von Christen geforderten Pflicht, sich für das Zusammenleben von Menschen in Europa einzusetzen, zu verwechseln. Dr. Ehrenström von der Studienabteilung des Ökumenischen Rates der Kirchen unterstrich diesen Gedanken im Blick auf Skandinavien. Für die Arbeit der Kommission folge daraus, „that the primary aim was to help the churches to discover what ‚The responsible Society‘ means in terms of the European region and to arouse them to a sense of urgency about these issues“.¹¹

Fruglos führte dieser erste Gesprächsgang gründlich in die Schwierigkeiten der geplanten Arbeit ein. Welche Konsequenzen sollte, konnte oder mußte man aus alledem ziehen? Durchweg waren die Kommissionsmitglieder für die europäische Einigung und setzten große, allerdings im einzelnen voneinander abweichende Hoffnungen darauf. Nahezu alle hielten die westeuropäische Aufrüstung für unvermeidlich – und fürchteten sich vor der damit aller Wahrscheinlichkeit nach verbundenen Reduktion des sich vorsichtig abzeichnenden wirtschaftlichen und sozialen Aufschwungs. Mancherlei Probleme und Projekte standen dann im Raum, auch hinsichtlich dessen, was die Kirchen tun könnten und müßten. Britisch-kühl und

¹⁰ Ebd., 5.

¹¹ Ebd.

nur mit einem Anflug jenes Sarkasmus', den er häufig gegen weltfremde kirchliche Aktivitäten zu artikulieren pflegte,¹² führte Kenneth Grubb dann die Anwesenden auf den Boden der Tatsachen und zugleich auf die von Paul Abrecht eingangs formulierte Überlegung zurück. Vergessen habe man doch wohl, warf er ein, die Frage zu bedenken, die für die Arbeit der Kommission allerdings von zentraler Bedeutung sei, nämlich: „What are the spiritual and ethical considerations or criteria which could guide the thinking of Christians on the problems of European cooperation?“¹³ Da Kohnstamm die gehaltvollsten Überlegungen zu diesen Fragen eingebracht hatte, lag es nahe, daß man ihn nun mit der Abfassung eines Memorandums zu diesem Thema beauftragte.

Dieses Gutachten lag im Dezember 1950 vor.¹⁴ Es handelte sich um einen ebenso dichten wie ausführlichen Text, der sich in 16 Punkten zu dem gestellten Thema und in weiteren dreien zu dessen Voraussetzungen äußerte. Zu letzteren gehörten: das biblische Wissen um die Realität des Menschen, die Erkenntnis der Begrenztheit der Politik – und exakt auf diesem Hintergrund die Betonung der christlichen Verantwortung nicht nur für den Einzelnen, sondern für die Gesellschaft und insofern dann auch für die Politik. Kohnstamm wollte keine Politisierung der Kirche, wohl aber das Bemühen, „to encourage its members to seek the right policy in a sober and practical spirit – that is, to seek, amid continually changing circumstances, for the best means of preserving some order in human society, an order in which existence commensurate with human dignity is possible, and responsibility for one's fellowmen is not rendered impossible“.¹⁵ Natürlich gab es kulturelle Werte, erklärte Kohnstamm, mitsamt einem großen Erbe der europäischen Zivilisation. Aber zu deren Verteidigung aufzurufen, sei gerade *nicht* die Aufgabe der Kirche. Sie hätte sich vielmehr zu mühen, ihre Glieder zur Wahrnehmung individueller Verantwortung zu ermutigen, zu einem praktischen Sinn, der erkennen könnte, was in einer konkreten Situation gefordert sei.

Was folgte daraus? Noch einmal entfaltete Kohnstamm ausführlich, daß es die zentrale Aufgabe der Kommission sein müsse, die Standpunkte der Menschen in den anderen europäischen Staaten gewissenhaft zur Kenntnis zu nehmen, um dann gemeinsam nach neuen, länderübergreifenden Möglichkeiten und Formen der Zusammenarbeit zu suchen. Sehr ernst müßten die wirtschaftlichen Faktoren genommen werden; ebenso die Notwendigkeit der Verteidigung Westeuropas, die ebenfalls nur supranational bewältigt werden könne – und solle. Zuletzt kamen auch wieder die anderen Kontinente in den Blick. Der alles beherrschende Grundgedanke aber blieb: „Only when we know the *other* situation can we come to know the measure of our own responsibility in regard to the other man. Only then

¹² Vgl. dazu Sir Kenneth Grubb, *Crypts of Power. An Autobiography*. London/Sidney 1971.

¹³ Minutes, 7.

¹⁴ Preliminary Statement of the Spiritual and Ethical Problems of European Cooperation, 6 S. AÖR, CCIA: Europe, 1948–1964.

¹⁵ Ebd., 1.

can we in our judgement of him help him and turn experience to account. And here our Commission has to do a job of realistic enlightening.“¹⁶

Beim nächsten Treffen – der ersten regulären Kommissionsitzung also, am 13. und 14. Januar 1951 in Frankfurt am Main¹⁷ – spielte dieser Text leider kaum eine Rolle. Im Vordergrund stand die Frage der Aufrüstung des Westens und vor allem die deutsche Wiederbewaffnung. Neue Gesichtspunkte begegneten dabei kaum. Eindruck machte jedoch Heinemanns Feststellung, daß das deutsche Volk, wenn es denn zu wählen hätte zwischen einem vereinigten Deutschland und der Einigung mit Westeuropa, sich eindeutig für das Erstere entscheiden würde.

„Europäische Entscheidungsfragen“ hieß die dann beschlossene Stellungnahme.¹⁸ Auf dem Hintergrund des am 25. Juni 1950 ausgebrochenen Koreakrieges wurde zunächst das Anwachsen der Ost-West-Spannungen konstatiert – und dabei das Problem formuliert, ob jetzt Aufrüstung (und wenn ja, in welcher Weise) oder Neutralität gefordert wären. Daß man in Westdeutschland zur Neutralität neigte, leuchtete allen ein. Aber das bedeutete nach der Meinung der meisten Kommissionsmitglieder auch, daß dadurch die angestrebte Einigung Europas zumindest stark behindert würde. Gerade auf sie jedoch kam es nach der Überzeugung der Mehrheit des Kreises jetzt mehr denn je an. Unter diesem Gesichtspunkt wurden deshalb die politischen Vorgänge strukturiert und von daher auch die Fragen formuliert, sowohl an die Adresse der Politiker als auch der Kirchen.

Gezielt wollte man von den Politikern und Christen in den USA, in Großbritannien und verschiedenen Staaten des Kontinents wissen, ob sie bei der jeweiligen nationalen Ausprägung des Tradierten beharren wollten – bei nationalistischer Eigensucht und imperialem Gehabe also – oder ob sie fähig und willens seien, Neues zu entwerfen und zu wagen. Dabei fehlte es nicht an deutlichen Worten. Würden die Franzosen den Europagedanken wirklich ernst nehmen, statt ihn als ein Mittel zur Erhaltung ihres Prestiges zu gebrauchen? Könnten die Deutschen begreifen, daß die Teilung ihres Landes lediglich einen Teilaspekt des Ost-West-Gegensatzes darstellte „und daß es deshalb unmöglich ist, das deutsche Problem für sich allein zu lösen?“¹⁹ Der härteste Satz an ihre Adresse hieß schließlich: „Seid Ihr bereit, die Möglichkeit ins Auge zu fassen, daß die andauernde Teilung Deutschlands Euer Beitrag zum Frieden und zu einer vielleicht in irgendeiner Form möglichen Einheit Europas sein könnte?“²⁰

Wenig konkret und deshalb auch nicht recht überzeugend muten demgegenüber die Anfragen der Kommission an die Adresse der Kirchen an. Diese sollten vor allem ein gemeinsames Ethos schaffen, d.h. neue, verbindende moralische und geistliche Grundlagen formulieren und ausbreiten

¹⁶ Ebd., 2.

¹⁷ Protokoll im AÖR, CCIA: Europe, 1948–1964.

¹⁸ Deutsche Fassung im Evangelischen Zentralarchiv Berlin (zit. EZA), 6/85/1534, 10 S.

¹⁹ Ebd., 7.

²⁰ Ebd., 6.

im Blick auf die „Bestimmung des Menschen und sein Verhältnis zur Gesellschaft“.²¹ Konnte man darin nicht die Aufforderung finden, eine westliche, antikommunistische Ideologie zu entwickeln und zu propagieren? Durfte das jedoch die Aufgabe der Kirche sein? Insgesamt blieb in diesen Ausführungen dunkel, weshalb sich die Kirchen überhaupt für den westeuropäischen Zusammenschluß engagieren sollten. Die Kommission offerierte in ihren „Europäischen Entscheidungsfragen“ somit zwar bedenkenswerte politische Überlegungen; aber die theologischen Gesichtspunkte traten stark dahinter zurück.

Auf der nächsten Sitzung der Ökumenischen Kommission in Bièvres bei Paris am 19. und 20. Mai 1951 wurden die internationalen Reaktionen auf jene erste öffentliche Stellungnahme diskutiert.²² Der Text hatte in den USA, in Großbritannien und auf dem Kontinent weite Verbreitung gefunden, viel Zustimmung geerntet, aber natürlich auch Widerspruch hervorgehoben, vor allem in Westdeutschland. Die Kritik konzentrierte sich im wesentlichen auf vier Punkte: Wieso handelte es sich beim Zusammenschluß Westeuropas um ein Thema, das die Christen anging? Warum nahm die Ökumene dazu Stellung? Wurde hier nicht in religiös, sozial und politisch unverantwortlicher Weise die Wiederaufrüstung in Ost und West sanktioniert? Und schließlich: welches Konzept von Europa stand eigentlich hinter jenen Überlegungen – ein neutraler, ein an die USA gebundener oder vielleicht noch ein anderer Entwurf von Europa?

Zunächst unterstrichen die Kommissionsmitglieder, daß sie in eigener Verantwortung sprächen, als eine Gruppe unabhängiger europäischer Laienchristen. Sie wollten verschiedene Meinungen zu den neuen politischen Herausforderungen hören und darüber diskutieren, um so „im Lichte christlicher Überzeugungen neue und schöpferische Lösungen für diese Probleme der europäischen Gemeinschaft finden zu helfen und die Kirchen anzuregen, in diesem Bereich konstruktiv zu handeln“.²³

Der sich anschließende Versuch einer theologischen Grundlegung der christlichen Verantwortung für ein vereintes Europa klang wiederum nicht recht überzeugend. Nachdrücklich hoben die Mitglieder der Kommission erneut darauf ab, daß die realen ökonomischen und politischen Fakten, die durch den Zusammenschluß Europas gesetzt wurden, Realitäten schufen, an denen die Kirchen immer weniger würden vorbeigehen können. Als allein realistisch bezeichneten die Kommissionsmitglieder deshalb die Hinwendung zum Konzept eines eigenständigen Europas, das zusammen mit den USA agieren würde. Denn nur ein solches Westeuropa hätte die Chance, „Einfluß auf die Entscheidungen der Weltpolitik“ zu nehmen.²⁴ Für ebenso selbstverständlich hielten alle – bis auf einen Deutschen, nämlich Gustav Heinemann – die Integration Westdeutschlands und seiner Indu-

²¹ Ebd., 10.

²² Deutscher Text im Archiv der Evgl. Kirche in Hessen und Nassau, Darmstadt (zit. AEKHN), 62/5303, 7 S.

²³ Ebd., 4.

²⁴ Ebd., 6.

strie in dieses Europa. Ausdrücklich ausgeklammert wurde dagegen noch einmal die Frage der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik.

Die offizielle Verlautbarung der Kommission vom 20. Juli 1951 an die Adresse der westeuropäischen evangelischen Kirchen umfaßte neun Punkte.²⁵ Wieder erging die Aufforderung an die Kirchen, den gewandelten Verhältnissen endlich Rechnung zu tragen, d.h. ihre Einstellung dazu zu verändern. Die europäischen Kirchen müßten engere Beziehungen untereinander aufnehmen, solidarisch miteinander umgehen, in praktischer Hinsicht kooperieren, mehr noch: sich die Frage vorlegen, ob ihre gegenwärtige, rein nationale Organisationsform der neuen Situation noch entspräche. „Sie sollten sich ferner fragen, ob sie nicht anfangen sollten, Organe gemeinsamen Lebens zu schaffen, welche deutlicher den übernationalen Charakter der Kirche manifestieren und sie so in die Lage versetzen, zur Situation des europäischen Menschen von heute zu sprechen.“ Ferner wurde, kaum weniger aktuell, mehr Verantwortungsbewußtsein der westeuropäischen Christenheit für Osteuropa eingefordert, eine neue Einstellung gegenüber den Völkern Asiens und Afrikas, intensive Verbindungen zu den Kirchen in den USA sowie die wache Bereitschaft, sich mit Wort und Tat der sozialen Probleme in den verschiedensten Gebieten Europas anzunehmen. Ausdrücklich verworfen wurde schließlich die Vorstellung einer Restauration der christlichen Traditionen Europas: „Die christliche Aufgabe ist es nun nicht, die alte Ordnung zu restaurieren, sondern die Grundlagen für eine neue Ordnung zu legen. Dies schließt auch die Entdeckungen neuer Formen des christlichen Gehorsams und des Gemeindelebens ein.“

Aber gerade solche in die Zukunft weisenden Fragen – wie denn die Kirchen im eigenen Bereich exemplarisch handeln könnten – traten leider allzu schnell hinter das zunächst natürlich besonders brennende Problem der westdeutschen Wiederbewaffnung zurück. Dieses Thema überlagerte bald zunehmend alle anderen. Bereits bei der folgenden Tagung der Kommission, die vom 25. bis zum 27. Januar 1952 in Rengsdorf im Westerwald stattfand, ging es um „Die Rolle Deutschlands in der heutigen europäischen Situation“. Zur Vorbereitung waren drei Texte verschickt worden.²⁶ Einer stammte von dem Niederländer C. L. Patijn, also dem Vizepräsidenten der Kommission; der andere von Gustav Heinemann, der im Oktober 1950 aus Protest gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik als Innenminister im ersten Kabinett Adenauers zurückgetreten war; der dritte schließlich hatte den Bonner systematischen Theologen Helmut Gollwitzer zum Verfasser. Patijn zeichnete ein sehr differenziertes Bild der politischen Situation. Daraus resultierte schließlich die nach seiner Überzeugung entscheidende Frage, ob der Osten Grotewohls Vorschläge – freie Wahlen und ein wiedervereinigtes Deutschland, das allerdings neutral bleiben müßte – wirklich ernst gemeint habe. So viel Verständnis der Niederländer erneut für die Sehnsucht der Deutschen nach Aufhebung der Teilung ihres Landes

²⁵ Wie Anm. 22, dort S. 8 f., danach das Folgende.

²⁶ Deutsche Fassungen im EZA, 6/85/1534.

aufbrachte, so entschieden kritisierte er doch zwei deutsche Denkvorbedingungen. Die eine fand er in der weit verbreiteten Neigung, sich lediglich auf die deutschen Probleme zu konzentrieren, mithin nur auf die Wiedervereinigung Deutschlands zu blicken und deren eventuellen Erfolg als die Überwindung des Kalten Krieges zu begreifen. „Sie vergessen, daß die russische Drohung eine weltweite ist.“ Verbunden mit diesem Irrtum sah er die Engführung eines beachtlichen „Teils der deutschen Theologie, der glaubt, daß die nationale Existenz beinahe eine göttliche Ordnung ist [...] Ist denn die bloße physische Wiedervereinigung der evangelischen Kirche und des deutschen Volkes der einzige Wert, der zählt? Ist nicht für die Kirche der Gesichtspunkt von Frieden und Gerechtigkeit entscheidend?“. Als realistisch könne man doch lediglich ein Konzept ansehen, bei dem die deutsche Wiedervereinigung – mitsamt der Einbeziehung der osteuropäischen Völker und Staaten in ein Vereintes Europa – das Ergebnis der Überwindung des Kalten Krieges bildete. Schlicht „unzumutbar“ für die Westmächte nannte Patijn schließlich „nach den Erfahrungen von 1914 und 1939“ eine Politik, die Deutschland aus den gegenwärtigen machtpolitischen Bindungen an den Westen entlasse und dadurch dieses Land erneut in die Lage versetze, „für sich und andere zwischen Krieg und Frieden zu entscheiden“.²⁷

Auf exakt diese Konsequenz schienen nun aber faktisch Heinemanns Überlegungen hinauszulaufen. Er sah im Osten ebenso wie im Westen Deutschlands zwei Regierungen am Werk, die sich gegenseitig blockierten – und damit auch die Wiedervereinigung. Überzeugend wußte Heinemann darzulegen, daß die Wiederbewaffnung Westdeutschlands die innen- und außenpolitischen Spannungen nicht verringern, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach vergrößern würde. Seine Alternative hieß: „eine möglichst schnelle Bildung einer gesamtdeutschen Regierung und die Ausklammerung Deutschlands aus dem Rüstungswettlauf zwischen Osten und Westen“.²⁸ Aber erfolgreich konnte eine solche Politik natürlich nur sein, wenn sie einerseits im Interesse beider Hegemonialmächte lag; und wenn diese sich andererseits bereit und fähig zeigten, hierüber mit einem Minimum an gegenseitigem Vertrauen zu verhandeln. Doch eben das war zur Zeit offenkundig nicht der Fall.

Gollwitzer stimmt in der Zielsetzung mit Heinemann überein. Aber er argumentierte bewußt im Blick auf die europäische Situation. Sicherlich würden, hob Gollwitzer hervor, die Deutschen an der Seite des Westens kämpfen, falls es tatsächlich zu einem sowjetischen Angriff kommen sollte. Aber diese Gefahr bestehe doch gegenwärtig „nicht mehr“.²⁹ Folglich führe

²⁷ Ebd., 4 f.

²⁸ Ebd., 8.

²⁹ Ebd., 12: „Heute aber ist man in allen europäischen Hauptstädten noch in einem weiteren Punkt einig: daß nämlich dank des schon erreichten Standes der westlichen, besonders der amerikanischen Aufrüstung eine akute Angriffsdrohung aus dem Osten nicht mehr besteht. Die Angst vor einem Angriff verlagert sich heute vom Westen nach dem Osten [...] Zielt man aber im Westen auf einen stabilen Modus vivendi mit den Sowjets, dann wird sich für diese Verhandlungen die Existenz westdeutscher Divisio-

die westdeutsche Wiederbewaffnung zu einer ebenso unnötigen wie gefährlichen Verschärfung der politischen Lage, die weder im Interesse der osteuropäischen noch der westeuropäischen Staaten liegen könne. Neigte Patijn zur grundsätzlichen Skepsis gegenüber der Verständigungsbereitschaft der UdSSR, sah Gollwitzer darin offenbar keine Probleme.

Trotz solcher Gegensätze gelang es, eine gemeinsame Resolution zu verabschieden.³⁰ Diese blieb allerdings einigermaßen vage, in der Formulierung der erzielten Übereinstimmungen ebenso wie hinsichtlich der Aufgaben der Kirchen. Einigkeit herrschte im Blick auf das Streben nach Frieden und einer gerechten Sozialordnung, in der Forderung des Widerstands gegen jeden Nationalismus und jede Bestreitung der öffentlichen Meinungsfreiheit. Ebenso kehrte die Hervorhebung der christlichen Verantwortung für die Völker Asiens und Afrikas wieder, der Wille zur Kooperation mit den USA und zum Gespräch mit dem Osten, auch das Drängen auf ein freies Europa, über den jetzt noch bestehenden Eisernen Vorhang hinaus, sowie die Wiedervereinigung Deutschlands.

Präziser ließen sich freilich die Meinungsverschiedenheiten erfassen: ob also die Integration der Bundesrepublik in ein westeuropäisch-amerikanisches Bündnis mit Einschluß einer gemeinsamen Verteidigung erstrebenswert bzw. notwendig sei – oder nicht. Welche Aufgaben konnten die evangelischen Kirchen Westeuropas angesichts dieser Divergenzen leisten? Sie sollten – darauf einigte man sich – „künftig ihr Wächteramt innerhalb der europäischen Nationen in gemeinsamen Handlungen“ wahrnehmen. Dazu gehörte das Ringen um eine „vom christlichen Menschenbilde bestimmte Wertordnung“, der Kampf gegen die rechtliche und moralische Diskriminierung von Wehrdienstverweigerern aus Gewissensgründen sowie das Mühen um eine umfassende Erziehung und Bewußtseinsbildung zur Förderung des „europäischen Gemeinsinnes und Lebensgefühlles“. Das waren große, wichtige Worte. Aber wesentlich blieb natürlich die Frage, ob und inwieweit sich derartige Zielsetzungen in die politische und insbesondere die kirchenpolitische Praxis würden übersetzen lassen.

II. Schwierige Fortsetzungen

Unverkennbar standen diese Überlegungen auch im Zusammenhang mit der Hoffnung, bald einen übernationalen Bund europäischer Kirchen aufbauen zu können. In diesem Sinne hatte Abrecht am 4. November 1952 an Patijn u.a. geschrieben: „furthermore, there is now a considerable ferment

nen als schwerwiegendes *Hindernis* und ihre Aufstellung als eine *verhängnisvolle Übereilung* erweisen.“

³⁰ „Eine Erklärung über Deutschland und Europäische Zusammenarbeit“. Ebd., 4 S. – Es ist, gelinde gesagt, eine Konstruktion, wenn M. Lotz behauptet (Evangelische Kirche 1945–1952. Die Deutschlandfrage, Tendenzen und Positionen, Stuttgart 1992, 17–32), die Kommission habe durch ihre Arbeit nicht allein den Rat und die Synode der EKD, sondern auch deren Gliedkirchen „massiv unter Druck gesetzt“ (29). Ein derart pauschales Urteil geht voll und ganz an der Wirklichkeit vorbei, sowohl generell als auch im Blick auf jedes der genannten Gremien.

amongst the churches and church people in Europe to organise some kind of European council of churches or some other similar expression of ecumenical cooperation in Europe. We must help to crystallize this thinking".³¹ Dieser Intention korrespondierte in der gleichen Zeit das Werben um die Mitarbeit der europäischen Kirchenführer und die zunehmende Enttäuschung über deren Zurückhaltung. Am 25. April 1952 nannte Abrecht es „a tragedy that the European churches haven't met together to talk about their common witness in view of the situation of Europe, but can he [Ronald Rees] convince people like Bishop Dibelius and Dr. Niemoeller of this? (They are of course only two examples of a fairly general attitude)".³² Dabei sei es – schrieb Abrecht Ende Juni 1952 in einem Memorandum – in allen bisherigen Stellungnahmen der Kommission doch vornehmlich darum gegangen, die Kirchen in Europa von der Notwendigkeit zu überzeugen, „to think *together* about their responsibility for the economic, political and social problems confronting the European peoples".³³ Im ersten öffentlichen Votum habe man die Christen gedrängt, sich intensiver für die neuen Herausforderungen in Europa zu engagieren. In der zweiten Stellungnahme hätte man darüber hinaus die Kirchen gefragt, ob sie nicht entschiedener kooperieren und engere Beziehungen zueinander aufnehmen wollten. Noch einen Schritt weiter sei schließlich die dritte Resolution gegangen, in der man – wie berichtet – direkte „Aufgaben für die Kirchen“ formulierte. Doch von einer nennenswerten Resonanz könne nicht die Rede sein.

Visser't Hooft hatte in derselben Zeit sowohl Enttäuschung als auch nüchterne Skepsis im Blick auf die weitere Entwicklung der Thematik artikuliert. Höchst beklagenswert sei, schrieb der Generalsekretär am 27. Juni 1952, daß die Kirchen bei allen wichtigen Entwicklungen im europäischen Bereich in den letzten Jahren „have played practically no role“. Natürlich gebe es dafür mannigfache sachliche, theologische, auch sehr persönliche Gründe. Nur eben: bedauerlicherweise habe sich bislang kein Kirchenführer in Europa eindeutig für dieses Thema engagiert. Und genau das sei der springende Punkt, könne man die europäischen Kirchen doch nur zusammenführen „by men who have a deep conviction about the necessity of such action and who are ready to fight for it“. Daraus resultierte die Mahnung, von der neuen Kommission mit Paul Abrecht nicht allzuviel zu erwarten. „He can help in the background, but he must not be considered as possible promotor of the scheme.“³⁴

Dabei ließ die politische Entwicklung das Handeln der Kirchen von Tag zu Tag notwendiger erscheinen: Am 27. Mai 1952 wurde in Paris der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) paraphiert.

³¹ AÖR, CCREC, 1952–1954.

³² An Robert Rees, British Council of Churches. Ebd.

³³ Memo to Bob Tobias, 25. 6. 1952. Ebd.

³⁴ An Ronald Rees, ebd. Visser't Hooft fuhr fort: „At the same time according to the letters from van der Linde, I do not at the moment see how the Ecumenical Council in Holland could do it. Nor do I see any other group on the Continent which at this moment would be able to really put the necessary time and energy into it.“

Der politische Zusammenschluß des westlichen Teils des Kontinents rückte sichtbar näher. Im Zusammenhang damit gab es auch eine Fülle von Tagungen und Veranstaltungen zu den unterschiedlichsten Aspekten und Themenbereichen der europäischen Vereinigung, selbstverständlich mit Einschluß der christlich-kirchlichen und ebenso der protestantischen Dimension.³⁵ Vom 19. bis zum 21. Juli 1952 diskutierte die Kommission auch mit einem Kreis europäischer und nordamerikanischer Gäste in Willingen über die Beziehungen zwischen Westeuropa und den USA, mit Einschluß der unterschiedlichen Auffassungen über den politischen Weg Westdeutschlands.³⁶ Auf eine offizielle Stellungnahme wurde schließlich verzichtet. Die nächste offizielle Tagung der Kommission fand dann vom 26. Februar bis zum 1. März 1953 in Paris statt.³⁷ Dazu hatte man gezielt auch einige europäische Kirchenführer eingeladen.

Bei der Analyse der politischen Situation überwogen die gedämpften Töne. Frankreich hatte noch immer nicht der EVG zugestimmt; die Spannungen gegenüber den USA nahmen zu. Uneinigkeit herrschte nicht allein in Westdeutschland über die Notwendigkeit bzw. die Art der deutschen Wiederbewaffnung. Alles das belastete natürlich die Bemühungen um die Einigung Europas erheblich. Von Unbehagen, Unzufriedenheit und sogar offener Feindseligkeit gegenüber diesem Thema wurde in der Diskussion gesprochen. Nach dem allgemeinen Eindruck hatte „die Bewegung für eine Einheit Europas einen toten Punkt erreicht“.³⁸

Davon durfte man sich jedoch nach der Überzeugung der Kommissionsmitglieder nicht anstecken lassen. Denn die gegenwärtigen politischen und bewußtseinsmäßigen Schwierigkeiten änderten, urteilte man, doch nichts an der Tatsache, daß es gegenüber der offenkundigen Mutlosigkeit sowie dem wiedererwachenden Nationalismus „keine andere Alternative“ gebe – so Patijn –, „als dem bereits vorgezeichneten Kurs zu folgen“.³⁹ Pathetischer formulierte Philip die Vision eines neuen, kreativen Europas, das sozial und frei sein würde und verantwortungsbewußt gegenüber den Ländern der Dritten Welt: „Die Geburt Europas muß die Proklamation einer gänzlich anderen Politik einschließen, einen völligen Bruch mit der Vergangenheit, die Verkündigung, daß wir unsere Verantwortung für jene Hälfte der Welt anerkennen, die an Hunger und Arbeitslosigkeit zugrunde geht und dringend der Hilfe für die Entwicklung ihrer Landwirtschaft und Industrie bedarf.“⁴⁰ Erheblich nüchterner, doch mit derselben Zielsetzung erklärte schließlich Jean Rey: „Wir dürfen nicht behaupten, daß Europa

³⁵ So handelte z.B. der 28. Lehrgang für Soziologie der Kircheneinheit in Oxford vom 27.–31. 7. 1952 über „Europa – Ein Problem der Zivilisation und der Christenheit“ und der 2. Europäische Ökumenische Jugendkongreß in Kasteel Oud Poelgest, 24. 7.–3. 8. 1952, stand unter dem Thema „Der Kampf um Europa“.

³⁶ European – American Relations. Report of the discussions of the Ecumenical Commission on European Cooperation with a group of Americans. 14 S. AÖR, CCIA: Europe, 1948–1964.

³⁷ Bericht darüber in EE, Nr. 2, 8. 6. 1953, 15–30.

³⁸ Ebd., 16.

³⁹ Ebd., 18.

⁴⁰ Ebd., 24.

etwas Wunderbares ist und eine höhere Idee der Gerechtigkeit und Brüderlichkeit darstellt. Aber wir können sagen, daß die Bildung Europas für uns das einzige Instrument, das einzige Mittel ist, die Probleme, denen wir gegenüberstehen, zu lösen. Europa ist kein Zweck in sich selbst, sondern ein Mittel zu einem höheren Zweck.⁴¹

Doch inwiefern handelte es sich bei alledem um eine Herausforderung für den christlichen Glauben? Pierre Maury, der spätere Präsident des Französischen Kirchenbundes, argumentierte ganz im Sinne von Karl Barth, wenn er dem Konzept der Kommission entgegenhielt, da laufe man Gefahr, den Boden des Glaubens zu verlassen: denn man müsse sich doch hüten, seine „christliche Zustimmung zu spezifisch politischen Handlungen zu geben, über die die Kirche geteilter Meinung ist“.⁴² Genau diese Einstellung kritisierte Philip in einem anderen Zusammenhang scharf als „katholisch“, also als grundfalsch. Denn da gehe man von „absoluten Prinzipien“ aus und versuche, nach ihnen die Wirklichkeit zu gestalten. Eine solche „christliche Gesellschaft“ könne jedoch nach evangelischem Verständnis erst nach der Wiederkehr Christi Gestalt gewinnen. Die Christen dürften aber bis dahin nicht die Hände in den Schoß legen, was bedeutete: sie müßten die Wirklichkeit als glaubende Menschen so umfassend wie möglich in den Blick nehmen und bestrebt sein, die sich da bietenden Möglichkeiten der relativen Besserung zu erkennen und zu nutzen. Das hieß dann, speziell im Blick auf Europa: „Es ist aber wesentlich, daß wir jede Gelegenheit ergreifen, gegen die Formen der Ungerechtigkeit, denen wir begegnen, zu kämpfen, um die Menschheit gegen das Elend zu beschützen und um die Sphären der Freiheit zu vergrößern.“⁴³ Daraus folgte schließlich der für André Philip entscheidende Einwand gegen ein Denken, das er als charakteristisch für die französischen ebenso wie die deutschen „Barthianer“ ansah: „Es ist eine unchristliche Einstellung, die den Nuancen von Gut und Böse in der Gesellschaft blind gegenübersteht, und deshalb jede Verantwortung für die Geschehnisse ablehnt, weil der vollkommene Weg nicht gegangen werden kann, während sie es unterläßt, die Möglichkeiten und Gelegenheiten wahrzunehmen, das Böse und die Ungerechtigkeit zu bekämpfen.“⁴⁴

Aber – warf Philipp Maury vom Christlichen Studentenweltbund in Genf ein – warum konkretisierte man nicht die gemeinsamen christlichen Überzeugungen der Kommissionsmitglieder? Warum wurde die Abhängigkeit ihres politischen Standpunktes vom Evangelium nicht deutlicher ausgesprochen? Kurz, ihm stelle sich die Kommission als eine politische Partei dar, und er finde hier „Christen, die auf Grund ähnlicher politischer Überzeugungen zusammengebracht sind, anstatt auf Grund ihrer gemeinsamen Zugehörigkeit zur Kirche.“⁴⁵ Das traf – obwohl als vernichtende Kritik gedacht – sicherlich in einem beträchtlichen Maß das Selbstverständnis dieser

⁴¹ Ebd., 29.

⁴² Ebd., 18.

⁴³ Ebd., 28.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ Ebd., 26.

Gruppe. Gewiß, sie alle waren überzeugte evangelische Christen und wußten sich nicht nur der Kirche, sondern mehrheitlich auch ihren nationalen bzw. regionalen Kirchentümern verbunden. Aber sie beanspruchten deshalb nicht, verbindliche christliche Aussagen zu machen oder gar im Namen *der* Kirche zu reden. Sie praktizierten vielmehr – freilich ohne diese Begriffe zu gebrauchen und vermutlich auch ohne sich über die Implikationen genauer Rechenschaft zu geben – Pluralismus und einen säkularen Umgang mit der Politik. Daß darum christliche Beweggründe nicht ausgegrenzt, sondern notwendig integriert werden müßten, betonten mehrere Kommissionsmitglieder dann auch ausdrücklich. So hob etwa René Courtin darauf ab, wie wesentlich der christliche Gedanke der Versöhnung für die Arbeit an der Einigung Europas sei; und der Niederländer Emmen, der später bei der Entstehung und Entwicklung der „Konferenz Europäischer Kirchen“ (KEK) eine wichtige Rolle spielte, unterstrich, „daß die Kirchen Europas gemeinsam etwas über die geistige Bedeutung der Wiederherstellung und Umgestaltung Europas und über den Sinn, den diese Dinge für Freiheit, Wahrheit und Gerechtigkeit haben, sagen sollten“.⁴⁶

Aber ging dieses Engagement für Westeuropa nicht Hand in Hand mit der Distanzierung vom Osten und vertiefte insofern die ohnehin bestehenden scharfen politischen und ideologischen Gegensätze? Schon im April 1952 hatte Robert C. Mackie vom Generalsekretariat des Ökumenischen Rates in Genf über die Europakommission geschrieben, daß alles, was sie für die Einheit Westeuropas sage und tue, im Osten als einseitig und gegen ihn gerichtet angesehen werde. „I swing myself between two moods, one of being anxious not to take a Western line in this matter, and the other of being anxious to see the European Churches thinking about their specific contribution to European unity.“⁴⁷ Deshalb sei es so wichtig, daß es die Ökumenische Kommission für Europäische Zusammenarbeit gebe, die sich engagiert der einen Thematik annehme und dadurch den Ökumenischen Rat entlaste. Die Kommission verstand sich selbst natürlich als eine westliche Organisation. Aber sie wollte zugleich alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Spannungen gegenüber den Kirchen im Osten nicht unnötig zu verschärfen. Deshalb waren zur erwähnten Tagung in Paris die beiden ungarischen Bischöfe Bereczky und Peter eingeladen worden. Dazu schrieb Abrecht im Februar 1953 an Patijn: „We must also show many skeptical people (especially the French left-wing Christians) that we are not afraid to have someone from the Eastern European countries meet with us, even though it may be a rather futile thing.“⁴⁸

Beide ungarischen Bischöfe kritisierten denn auch die einseitige Festlegung der Kommission auf den Westen, warfen ihr mangelnden ökumenischen Geist vor und forderten mehr Verhandlungsbereitschaft gegenüber der UdSSR. Dem hielt Philip entgegen: Zum einen hätten die Verhandlungen mit den Russen in den vergangenen Jahren doch offenkundig wenig

⁴⁶ Ebd., 29.

⁴⁷ An Ronald Rees, 28. 4. 1952. AÖR, CCREC, 1952–1954.

⁴⁸ AÖR, CCREC, 1952–1954.

eingbracht und zum ändern strebe man gerade ein Europa an, das auch den USA gegenüber weitgehend unabhängig sei.⁴⁹

Am Ende der Tagung trafen sich die Kirchenführer zu einer eigenen Sitzung unter der Leitung von Visser't Hooft.⁵⁰ Einerseits billigte und lobte man nachdrücklich die Arbeit der Kommission. Aber dann wurde doch wieder die „theologische Frage“ aufgeworfen, um die Rolle der Kommission gegenüber den Kirchen abzuklären. Inwieweit handelte es sich bei Erklärungen und Stellungnahmen zum Thema Europa um „rein relative Urteile“ – oder um ein Sprechen „mit letzter christlicher Vollmacht“?⁵¹ Die Kommissionsmitglieder wollten Letzteres ganz eindeutig gerade nicht. Aber ebenso unverkennbar war, daß die Kirchenführer sich lediglich unter dieser Voraussetzung voll und ganz des Europathemas annehmen würden. Folgerichtig drängten sie denn auch auf die Umbenennung der Kommission. Mit der Tilgung des Begriffes „ökumenisch“ sollte die Verwechslung einer inoffiziellen Gruppe mit dem Weltrat der Kirchen abgewehrt werden. Gewählt wurde daraufhin die nicht sehr glückliche Bezeichnung „Arbeitsgemeinschaft Christliche Verantwortung für Europäische Zusammenarbeit“. Wenig Neigung bestand ferner bei den Kirchenführern, in Zukunft stärker miteinander zu kooperieren oder gar eine Konferenz europäischer Kirchen zu gründen. Die Franzosen erklärten sich sogar ausdrücklich dagegen.⁵² Nimmt man hinzu, daß Visser't Hooft einem Vertreter der KKIA sogar ausdrücklich versicherte, man werde bei allen wichtigen europäischen Fragen natürlich weiterhin mit diesem Gremium zusammenarbeiten, sah das Ergebnis der Tagung für die Europakommission nicht eben rosig aus.⁵³

Was blieb eigentlich noch? Am 25. März 1953 teilte Visser't Hooft Professor van Asbeck, dem Präsidenten der KKIA, einige Eindrücke von der Pariser Tagung mit. Wesentlich sei wieder das Faktum gewesen, daß angesehene und einflußreiche Persönlichkeiten überhaupt miteinander geredet hätten. Wo gebe es denn sonst, also außerhalb dieser Kommission, die Möglichkeit, daß politische Gegner wie Ehlers und Heinemann oder Courtin und Maury einander wirklich zuhörten? Dadurch aber lernten sie doch auch voneinander. „The terrible weakness in various countries is still that they decide on European matters in terms of purely national categories. Here they learn to see the thing in its true setting.“ Aber nicht allein der Kampf dagegen rechtfertigte die Existenz der Europakommission, sondern ebenso ihr Beitrag zur Überwindung des „großen Schismas“: „As you know, the whole Christian situation in Europe is now characterised by that great schism between those who are convinced that they must build a new European structure and those who are filled with deep distrust toward any of these moves. For the health of the ecumenical movement it is absolutely indispensable to overcome the lack of confidence between these two

⁴⁹ Vgl. dazu EE, Nr. 2,22–26.

⁵⁰ Leicht voneinander abweichende Berichte darüber bieten EE, Nr. 2,30 f. sowie Elfan Rees am 2. 3. 1953 an K. Grubb. AÖR, CCIA: Europe, 1948–1964.

⁵¹ EE, Nr. 2,30.

⁵² So berichtet E. Rees, a.a.O., 2.

⁵³ Ebd.

groups [...] It is especially in Germany and in France that this division has become so very serious and I think this Commission is practically the only body where the two groups meet and are kept within the Christian context."⁵⁴ Die Mitglieder der Kommission hatten sicherlich mehr erwartet. Patijn jedenfalls gab Ende Oktober 1953 seiner Irritation über die zukünftigen Aufgaben der „Arbeitsgemeinschaft“ Ausdruck: „since we have no official relation with the European churches or the Ecumenical Movement I still do not know how to give a clear mandate and terms of reference to our little group“.⁵⁵

Trotzdem ließ man sich nicht entmutigen, zumal es Paul Abrecht gelungen war, Gelder für die Weiterarbeit aufzutreiben.⁵⁶ Damit konnte auch ein kleines hektographiertes Mitteilungsblatt finanziert werden, dessen erste Nummer am 18. Februar 1953 dreisprachig erschien – englisch, französisch und deutsch unter dem Titel „Europäische Entscheidungsfragen“. In diesen Blättern kommen die Bemühungen, die Hoffnungen und Enttäuschungen, aber auch die Wandlungen der Arbeitsgemeinschaft im Blick auf die Probleme Europas in beeindruckender Weise zum Ausdruck. Man versuchte hier, sich und anderen Rechenschaft zu geben, aber natürlich auch um öffentliche Zustimmung und möglichst breite Mitarbeit zu werben. Dementsprechend gab die zweite Ausgabe des Blattes das Protokoll der Pariser Tagung wieder, aber auch fünf Artikel zu der Frage, wie denn die Menschen in den westeuropäischen Ländern konkret mithelfen könnten, aus der „Europäischen Sackgasse“ herauszukommen.

Begonnen hatten die Mitteilungen mit drei grundsätzlichen Stellungnahmen, von denen der ersten von Visser't Hooft natürlich besondere Bedeutung zukam.⁵⁷ Der Generalsekretär stellte sich die Frage, was denn an Europa verteidigungswert sei. Nachdem er festgestellt hatte, was eine solche Anstrengung jedenfalls nicht lohne, nannte er als positive Merkmale der europäischen Tradition: die Möglichkeit des Dialogs, den Gedanken einer unabhängigen Wahrheit sowie die Chance eines eigenverantwortlichen Lebens. Zu alledem aber gehöre wurzelhaft der christliche Glaube, der freilich gelebt sein wolle. „So fassen wir zusammen: Verteidigung Europas? Nein. Vielmehr: in Europa den Glauben an Gott, der alle Dinge neu macht, leben.“⁵⁸

In der Folgezeit setzte man die Bemühungen fort, nach den verschiedensten Seiten hin darzulegen, daß es keine Alternative zur Einigung Europas gebe. Gleichzeitig reflektierte der Kreis immer wieder einmal über die Sinnhaftigkeit seiner Arbeit. Bei der Zusammenkunft in London im No-

⁵⁴ AÖR, CCIA: Europe, 1948–1964.

⁵⁵ An Paul Abrecht, 28. 10. 1953. AÖR, CCREC, 1952–1954.

⁵⁶ Vermittelt durch F. H. Littell von der „Foundation for a United and Democratic Germany in a United Europe“. Freundlicher Hinweis von P. Abrecht am 25. 2. 1993 in Genf.

⁵⁷ EE, Nr. 1, 18. 2. 1953: „Verteidigung Europas“, 2–9. Außerdem behandelte Roger Mehl „Die deutsche Sackgasse“ und Heinrich Bornkamm reflektierte über „Protestantismus und Europa“.

⁵⁸ Ebd., 9.

vember 1953 wurde verständlicherweise viel Kritik an der Haltung der Kirchenführer laut: „he was disturbed by the irresponsibility and unrealism of so many of those who spoke on these matters in the name of the churches“, erklärte André Philip.⁵⁹ Man diskutierte über dringend nötige Aufgaben und entwarf gleichzeitig große Projekte. Offen blieb allerdings, ob und wie die Arbeitsgemeinschaft das alles würde realisieren können. Dann regte Visser't Hooft nüchtern an, einen offenen Brief an die Kirchen zu verfassen. Formuliert wurden schließlich zwei Texte: eine knappe „Botschaft an die britischen Christen“, die Einigung Europas im Sinne der Friedenssicherung zu unterstützen, sowie eine Erklärung über „Die Zukunft Europas und die Verantwortung der Kirchen“.⁶⁰ Gekommen sei die „Stunde der Entscheidung für Europa“, hieß es eingangs. Die wirtschaftliche und vor allem die politische Integration der sechs westeuropäischen Staaten müsse entschlossen weiter vorangetrieben werden. Denn diese Bemühungen förderten die Lebensqualität der Menschen in jenem Raum und richteten sich gegen niemanden. „Europa kann nur dann konstruktiv sein, wenn es in neuen Formen die Tradition der kulturellen Vielfältigkeit zum Ausdruck bringt, die immer schon sein Beitrag an die Menschheit gewesen ist.“⁶¹ Auf die Frage, was das alles die Christen angehe, lautete die Antwort: diese müßten doch wohl angesichts der Realitäten des Alltags ihrem Glauben Ausdruck verleihen; sie dürften also nicht der Ausbreitung von Nationalismus, Militarismus oder „selbstsüchtigem Isolationismus“ tatenlos zusehen. Für die protestantischen Kirchen bedeute das zudem ein aktives Eintreten für die Glaubensfreiheit – „die ein Stück des geistigen Erbes von Europa [bildet] und für die Verbreitung des Wortes Gottes und seine Verkündigung an alle Völker unerlässlich ist“. Herstellung engerer Kontakte und intensiverer Verbindungen zu den Christen und Kirchen in den umliegenden Ländern wurden ebenso gefordert wie schließlich die Verteidigung der jeweiligen kulturellen Eigenart im weitesten Sinn. „Insbesondere müssen sich die Protestantischen Kirchen jedem Versuch der Wiederherstellung einer mittelalterlichen Form des Christentums widersetzen, in dem eine bestimmte Kirche eine ausschließliche und bevorzugte Machtstellung einnimmt.“ Das richtete sich vor allem gegen die Bedrückung des Protestantismus in Italien.⁶² Schließlich kamen die Christen in Großbritannien, in den USA und in Osteuropa in den Blick: Auch mit ihnen wollte man kooperieren, auch von hierher erwarteten oder erhofften die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Mitarbeit oder zumindest geistige Begleitung.

Obwohl diese Erklärung weite Verbreitung fand – sie erschien als eigene Broschüre und der deutsche Text wurde z.B. an mehr als 20 evangelische

⁵⁹ Protokoll der Sitzung, 5.–7. 11. 1953. 8 S., Zitat 3. AÖR, CCREC, 1952–1954.

⁶⁰ Hektographierte Texte ebd.

⁶¹ „Die Zukunft Europas und die Verantwortung der Kirchen“, 3. Dort – S. 4 f. – auch die folgenden Zitate.

⁶² Die „Commissione per gli Affari Internazionali del Consiglio Federale delle Chiese Evangeliche d'Italia“ hatte auf ihrer Sitzung in Rom am 25. 10. 1953 eine dahingehende Resolution beschlossen, die in London behandelt wurde. AÖR, CCREC, 1952–1954.

Blätter versandt, – war das Echo recht bescheiden.⁶³ Gleichwohl ließ man sich nicht entmutigen. In der nächsten Nummer der „Europäischen Entscheidungsfragen“ unterstrich Patijn – jetzt Leiter der Sektion für Internationale Organisationen im niederländischen Außenministerium – erneut, daß es keine Alternative zum Zusammenschluß Europas gebe. Und wieder betonte er, „daß es hier um ein politisches Programm geht und nicht um einen Kreuzzug“. Sehr pragmatisch hieß es zuletzt: „In Wirklichkeit ist die Integration Europas etwas viel Bescheideneres: nämlich ein konkretes politisches Hilfsprogramm, um dessentwillen die Menschen ihre eigenen Absichten hinstellen und lernen müssen, einander ihre Lasten abzunehmen. Es geht nicht um unser Wohlwollen für Europa, denn wir haben keine Mühe, uns für die Europaidee zu erwärmen. Wir werden aber nichts zustandebringen, wenn wir nicht bereit sind, Sympathie für die Franzosen und Deutschen, Belgier und Italiener zu fühlen. Dazu sind wir aber nur fähig, wenn wir sie in ihrer Bedrohung erkennen. Europa ist keine Idee, sondern eine konkrete Politik, die Völkern und Menschen in schwierigen Zeiten helfen kann und persönliche Opfer fordert.“⁶⁴ Das war exakt die Entfaltung der Konzeption der „verantwortlichen Gesellschaft“, wie sie in Amsterdam vertreten worden war, in den europäischen Zusammenhang hinein.

Von einer anderen Seite her, jedoch mit ähnlicher Zielsetzung, äußerte sich wenig später Hans Hermann Walz zu den „politischen Aufgaben des Protestantismus in Europa“.⁶⁵ Hierbei gehe es, unterstrich er, um das Problem der politischen Ethik – und die habe es bekanntlich mit säkularen Phänomenen zu tun. Eine ganz wesentliche Aufgabe der Kirche bestehe deshalb darin, Politik im Sinne der Verteidigung der Menschlichkeit des Menschen zu treiben – und den politischen Bereich dementsprechend so einzugrenzen, daß er nicht alles dominiere. Das aber hieß konkret: Die Kirchen müßten einem „Relativismus der Werte und einem Pluralismus der Ideen innerhalb der politischen Sphäre“ Raum geben. Gerade das mache theologisch die Eigenart des Protestantismus aus und darin liege auch seine besondere Chance. Es gelte also, „nicht eine protestantische Politik zu betreiben, sondern praktische Politik“. Und dazu gehöre schließlich die nüchterne Einsicht in die vielfältigen Vorteile, die ein vereintes Europa im Gegensatz zu den traditionellen Nationalstaaten biete. „Es geht weder um das ‚Abendland‘ noch um das ‚Reich‘, sondern um die Menschen [...]. Die besondere Aufgabe des Protestantismus in politischer Hinsicht wird immer darin bestehen, einen Beitrag zum politischen Ethos zu liefern. Aber daraus müssen dann auch eindeutige Folgerungen in konkreten Situationen gezogen werden.“⁶⁶ Erneut unterstrich also die Arbeitsgemeinschaft mit Nachdruck beides: Sie wollte keine christliche Politik treiben, sondern eine rein säkulare, sehr pragmatische und betont nüchterne. Aber exakt dafür mußte sich der evangelische Christ engagieren, hier hatte er seinen Glauben zu leben und zu bewähren.

⁶³ Eine Liste der Publikationsorgane ebd.

⁶⁴ EE, Nr. 3, Dezember 1953, 5 f.

⁶⁵ EE, Nr. 4, 25. 5. 1954, 7–17.

Alle diese Stellungnahmen und Erklärungen und Voten waren von der Hoffnung getragen, daß die Einigung Europas, mannigfachen Behinderungen zum Trotz, unaufhaltsam voranschreiten würde. Das galt insbesondere im Blick auf die Ratifizierung des EVG-Vertrages durch das französische Parlament. Um so größer war dann der Schock, als dieses Projekt im Sommer 1954 scheiterte. Niedergeschlagenheit und Depression breiteten sich aus. Dagegen wandte sich die Arbeitsgemeinschaft Anfang Oktober 1954 auf ihrer Tagung in Brüssel mit einer scharfen Erklärung.⁶⁷ Den Kirchen und einem großen Teil ihrer Presse hielt man vor, sie pflegten „fromme Illusionen“ und ließen sich nicht auf die politische Wirklichkeit ein. Die westdeutsche Wiederbewaffnung sei faktisch nicht zu verhindern, und sie dürfe auch nicht durch den Wunsch, eine Verständigung mit der Sowjetunion zu erreichen, aufgeschoben werden.

Naturgemäß hatte das Scheitern der EVG deren Gegnern neuen Auftrieb gegeben. In der Bundesrepublik sahen die Sozialdemokraten und innerhalb der evangelischen Kirche vor allem Heinemann, Niemöller und ihre Freunde eine Chance, nochmals nachdrücklich für ihr Konzept der Neutralisierung Deutschlands zu werben. Scharf und zum Teil regelrecht empört reagierten diese Männer deshalb auf die Erklärung der Arbeitsgemeinschaft. Während Heinemann jedoch primär seine bekannte Überzeugung wiederholte⁶⁸ und Niemöller der Gegenseite vorwarf, sie verkündige „Werturteile“, ohne den Versuch einer Begründung, und diene deshalb auch nicht der ökumenischen Zusammenarbeit,⁶⁹ führte Oberkirchenrat Kloppenburg schweres Geschütz auf, indem er die Brüsseler Stellungnahme als „eines der einseitigsten Dokumente, die je von einem ökumenischen Kreis herausgegeben wurden“, bezeichnete. Hier liege „eine reine Propagandaschrift“ vor, die an keiner Stelle die Position Andersdenkender erwähne, geschweige denn ernst nähme.⁷⁰ André Philip antwortete umgehend, im Ton verbindlich, aber in der Sache eindeutig und scharf. Er wies den Vorwurf mangelnder ökumenischer Gesinnung zurück – „wir sind der Meinung, daß wir wirklich die Aufgabe einer verantwortlichen Gesellschaft in Europa zum Ausdruck bringen“ – und bestritt die ihm vorgeworfene Parteilichkeit. „Als Franzose, Sozialist und Christ befremdet mich Ihre Behauptung, unsere Arbeitsgemeinschaft ließe sich vom politischen Kurs der gegenwärtigen deutschen Regierung oder von gewissen deutschen Zeitungen leiten.“ Sodann warf Philip seinem Kontrahenten kaum verhüllt

⁶⁶ Ebd., Zitate 15–17.

⁶⁷ Darin hieß es u.a.: „The desire for negotiations with the Soviet Union *before* implementing the policies of European unity, is understandable but ill-founded and has threatened to paralyse European action. Every opportunity for negotiation with the Soviet Union should be followed up, but this is not an alternative to European unity [...] The issue of German reunification is not only a specific aspect of the general problem described above, but is a matter indeed of special importance. Only the strength of a united and free Europe will secure the peaceful reunification of Germany.“ EE, Nr. 5, 11. 10. 1954, Zitat 5.

⁶⁸ Brief an P. Abrecht vom 12. 10. 1954. AÖR, CCREC, 1952–1954.

⁶⁹ Schreiben vom 9. 11. 1954, ebd.

⁷⁰ Schreiben vom 26. 10. 1954. AÖR, Headquarters Staff: P. Abrecht, 1949–1967.

nationalistische Enge im Blick auf die politischen Gegebenheiten vor. „Neben der politischen Lage in Deutschland gibt es noch viele andere Tatsachen und Überlegungen, die bei einer Beurteilung der Beweggründe und Ansichten der Menschen zum Thema der europäischen Einheit und der deutschen Wiederbewaffnung in Betracht gezogen werden müssen“⁷¹

Trotz dieser Abgrenzung beschäftigte sich die Arbeitsgemeinschaft immer wieder direkt oder indirekt mit der Deutschlandfrage. So schrieb z.B. Max Kohnstamm im Januar 1955 aus Luxemburg an Abrecht: „I am very preoccupied by the course things are taking in Germany. The problems posed by German integration with the West on one hand, and German unification on the other hand are, in my opinion, still of tremendous importance for the maintainance of peace.“⁷² Daß man sich mit diesen Themen ausführlich befassen müsse, einschließlich des Drängens auf neue Verhandlungen mit der Sowjetunion, war vollends klar, als die Bundesrepublik 1955 die Souveränität sowie die Mitgliedschaft in der NATO erhalten hatte. Deshalb wurde die nächste Tagung nach Berlin einberufen. Aber es gab eben noch andere politische Realitäten: Ende März hatte Rollier in einem zutiefst depremierten Brief seine weitere Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft aufgekündigt. Er sah lediglich Mißerfolge ringsum, Niederlagen und die Unfähigkeit des Kreises, auch nur im geringsten das Bewußtsein der Kirchenführer zu verändern. „We are unable to make our Churches think in terms of European problems, European future, European developments and European survival“. Dabei ging es ihm sehr konkret um die Entwicklungsmöglichkeiten, wenn nicht sogar das Überleben protestantischer Minderheiten, hier also speziell der italienischen, gegenüber dem Katholizismus. Dessen Machtanspruch könne lediglich durch die Schaffung einer übernationalen europäischen Regierung eingegrenzt werden. Deshalb, unterstrich Rollier, „I am not interested in German unification, I am interested in a European unification“.⁷³ Demgegenüber betonte Abrecht, daß man die Arbeitsgemeinschaft doch nicht für das Versagen der Kirchen verantwortlich machen könne. Im übrigen dürften selbst solche Enttäuschungen einen Christen nicht von seiner politischen Verantwortung entbinden. „We have neither extravagant hopes nor extravagant despair about politics.“ Und wie sinnvoll die Arbeit des Kreises trotz allem sei, habe jetzt wieder das Treffen in Berlin bewiesen. „Aside from the statements we produce, I have always believed that these meetings were probably most important for the way in which laymen were brought together to discuss political responsibility and the way in which their own faith grew thereby. I would justify the continuance of the Committee even if it never produced or influenced another theologian for the help which it brings to men who are struggling as Christians with the problems of social and political responsibility.“⁷⁴

Die Apriltagung in Berlin wurde auch von anderen Teilnehmern als ein besonderes Ereignis erlebt, nicht zuletzt deshalb, weil man hier mit evange-

⁷¹ Schreiben vom 12. 11. 1954, ebd.

⁷² Schreiben vom 25. 1. 1955. AÖR, CCREC, 1955–1959.

⁷³ Schreiben an Abrecht vom 30. 3. 1955. Ebd.

⁷⁴ Brief vom 14. 4. 1955, ebd.

lischen Christen aus der DDR zusammengekommen war.⁷⁵ Dabei überraschte, daß diese Männer – insbesondere Lothar Kreyssig – keineswegs auf der politischen Linie Heinemanns und Niemöllers lagen, vielmehr in der Stärkung des Westens die derzeit beste Hilfe auch für die Menschen im Osten sahen. Die Resolution der Tagung unterstrich nachdrücklich diesen Gesichtspunkt. Sie warnte außerdem davor, die relativen ökonomischen und politischen Vorzüge, die die westlichen Demokratien boten, zu mißachten.⁷⁶

Neue Hoffnungen keimten im Vorfeld des Abschlusses der Römischen Verträge im März 1957 über Euratom und vor allem die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Einmal mehr wurden die Kirchen von der Kommission aufgefordert, die Zeichen der Zeit zu erkennen und deshalb die „Probleme zusammen, durch die Bildung eines gemeinsamen Organs, zu studieren und nicht nur durch eine inoffizielle Gruppe wie die unsrige“.⁷⁷ Noch drängender äußerte sich die Arbeitsgemeinschaft in ihrer Genfer Stellungnahme im Oktober des Jahres.⁷⁸ Es sei unverantwortlich, hieß es da, daß die Kirchen noch immer Positionen einnahmen, die „die Kämpfe von gestern“ spiegelten. Natürlich dürften die Kirche und ihre Verkündigung sich nicht auf die ideologischen Positionen des Westens bzw. des Ostens festlegen oder festlegen lassen; sie hätten vielmehr „das Evangelium zu verkündigen und ihre Aufgabe der prophetischen Kritik auf beiden Seiten aller Grenzen und eisernen Vorhänge zu erfüllen“. Doch das impliziere gerade *auch* das engagierte Eintreten für die Verbesserung von Strukturen – was im Westen faktisch nur auf dem Wege der Vereinigung Europas zu erreichen sei. „Die Verpflichtung der Kirche, das Evangelium zu verkündigen, schließt ihre und ihrer individuellen Mitglieder Verantwortung für eine Struktur der menschlichen Gesellschaft, in der für die menschlichen Bedürfnisse nach Freiheit und Brot, Gerechtigkeit und Frieden in der bestmöglichen Weise gesorgt wird, nicht aus, sondern ein.“

Als diese Sätze veröffentlicht wurden, hatten der russische Einmarsch in Ungarn sowie der britische, französische und israelische Angriff auf Ägypten längst neue Fakten geschaffen. Nur mühsam hielten die Reflexionen

⁷⁵ Vertraulicher Bericht von P. Abrecht über diese Tagung, 5 S., ebd.

⁷⁶ EE, Nr. 6, 13. 4. 1955, 3 S. Dort hieß es u.a.: „Despite many limitations, we still live in a relatively democratic and healthy society. The impact of political freedom and unity in Western Europe upon the rest of the world is great, and will be greater if we keep our record free from totalitarian tendencies, and if we show a vigilant respect for freedom of assembly, speech and press. However, the cause of freedom will be weakened, for the totalitarian states as well as for us, and also for the now occupied peoples, if government action is under constant destructive attack from those who are more eager to cast doubt than to present alternatives for the policies they reject [...] What the people in Eastern Europe look for from the West is not pity, but a demonstration of our understanding of the moral and spiritual basis of a genuinely responsible society, and a Church capable of holding people together in a solidarity of fellowship beyond the political divisions of this troubled world.“

⁷⁷ „Europa im Jahr nach den Genfer Konferenzen“. EE, Nr. 7, Januar 1956. 6 S., Zitat 6.

⁷⁸ „Europa wieder auf dem Weg“. EE, Nr. 8, 3. 11. 1956. 6 S., Zitat 5.

der Arbeitsgemeinschaft jetzt und in den folgenden Monaten mit den Ereignissen und den sie auslösenden Enttäuschungen Schritt. Sicherlich fehlten auch die positiven Vorgänge nicht völlig, zumal sich um 1960 der Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Gemeinschaft abzuzeichnen schien und die KEK in derselben Zeit festere Formen annahm. Alles das komplizierte freilich auch die Arbeit des Komitees erheblich. Einerseits galt es, im Drängen auf die Weiterführung der europäischen Integration nicht müde zu werden, allen Rückschlägen und insbesondere der wachsenden Gleichgültigkeit gegenüber dieser Thematik zum Trotz. Dementsprechend mußten – und das war das Andere – die Kirchen zunehmend laut und nachdrücklich aufgefordert werden, endlich ihre Verantwortung angesichts der Vielfalt neuer Probleme wahrzunehmen. Und Hand in Hand damit gingen schließlich in wachsendem Maße die kritischen, auch wieder selbstkritischen Überlegungen, ob und inwiefern die Anstrengungen und Bemühungen des eigenen Kreises denn noch Sinn und vielleicht sogar eine Zukunft hätten.

In der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) sah man Ende 1960 noch keine Organisation, die in der Lage wäre, die politischen Fragen so zu behandeln, wie es erforderlich wäre – und wie die Arbeitsgemeinschaft es tat.⁷⁹ Das umschloß jetzt einmal mehr das Eintreten auch für die Realisierung politischer und moralischer Folgerungen aus dem christlichen Glauben. Wachsamkeit im Blick auf die Bewahrung der Menschenrechte hieß darum die Forderung. „Die öffentliche Meinung muß deshalb in jedem Fall protestieren, wo ein menschliches Wesen vernachlässigt oder verachtet wird, mit welcher Begründung auch immer.“⁸⁰ Das richtete sich, kaum verhüllt, gegen die französische Politik in Algerien. Und erneut nahm die Arbeitsgemeinschaft ausdrücklich die Völker Asiens und Afrikas in den Blick, wenn sie den Aufbau eines Europas forderte, wo Menschen gemäß dem Evangelium „für die individuelle und soziale Gerechtigkeit innerhalb und außerhalb seiner Grenzen kämpften“. Die vordringliche Aufgabe für die Christen hieß dabei unentwegt: den Realitäten ins Gesicht zu blicken und sie unbedingt ernst zu nehmen – freilich verbunden mit der Zusicherung, „daß allein Umkehr und Vergebung die Möglichkeit eines neuen Lebens anbieten, den Völkern ebenso wie den einzelnen“.

III. Umorientierungen

Anfang Mai 1963 legt John H. Van Ness, ein Mitarbeiter von Abrecht, dem Kreis eine Vielzahl kritischer Fragen und Überlegungen zur Arbeit der letzten Jahre vor.⁸¹ Eine wichtige Rolle spielte auch hier wieder der Gesichts-

⁷⁹ Rundschreiben des Vorstands an die Mitglieder, 8. 11. 1960. AÖR, Headquarters Staff: P. Abrecht, 1949–1967. Schon im Herbst 1955 hatte sich Patijn gegen eine Vereinigung seiner Kommission mit der damaligen Führungsgruppe der entstehenden KEK gewandt. Ich beabsichtige, darauf in einem anderen Zusammenhang zurückzukommen.

⁸⁰ EE, Nr. 13, 15. 1. 1960, 6. Dort auch die folgenden Zitate.

⁸¹ Questions for the CCREC, 5 S. AÖR, CCREC, 1961–1963.

punkt der theologischen Basis. Ließ sich das Konzept der „verantwortlichen Gesellschaft“ denn überhaupt auf den europäischen Einigungsprozeß anwenden? War dieser Leitgedanke zwingend, war er überhaupt noch verständlich? Und im Zusammenhang damit wurde der Mißerfolg im Blick auf die ersehnte Mobilisierung der Kirchen für die europäische Thematik durchleuchtet. Gewiß, „it is fair to say that apart from some of the laity, the churches, socially and politically, continue to exist, as they always have, in a national and isolated manner, and that they have hardly any influence on the movement favourable to European cooperation“. Aber hatte man in der Arbeitsgemeinschaft selbst alles getan, um die Kirchen zu gewinnen? Waren nicht auch Urteile gefällt worden, die bestimmte ethische und theologische Positionen verabsolutierten und die deshalb die kirchlichen Repräsentanten brüskieren konnten – oder vielleicht sogar mußten? Verhielt sich die Arbeitsgemeinschaft möglicherweise ebenso einseitig parteiisch wie auf der anderen Seite die Prager „Christliche Friedenskonferenz“?

Diese Anfragen wurden gründlich und selbstkritisch während des Treffens Ende Oktober 1963 in Brüssel diskutiert.⁸² Als Ergebnis veröffentlichte man zwei Stellungnahmen zum Thema „Europäische Einheit und die Verantwortung der Kirchen“. ⁸³ Professor Etienne Trocmé aus Straßburg äußerte zunächst einmal volles Verständnis für die Zurückhaltung der Kirchen, sich direkt auf die politischen und wirtschaftlichen Fragen der Einigung Europas einzulassen.⁸⁴ Jede religiös-theologische Überhöhung einer Union oder eines politischen Zusammenschlusses sei selbstverständlich strikt abzulehnen, denn die Kirche habe den Menschen das Evangelium zu predigen. Aber sie müsse doch auch darauf dringen, daß der Glaube an Gottes Wort im Leben der Christen durch Taten bezeugt werde. Da das in der Zuwendung zu konkreten sozialen, aber auch politischen Herausforderungen geschehe, müsse die Kirche deren Wandlungen genau beobachten und auf mögliche Konsequenzen hin bedenken. Das bedeute gegenwärtig: Die Christen seien an die Realitäten eines geteilten, begrenzten, reichen und potentiell mächtigen Europas gewiesen und hätten da ihren Glauben zu bewähren und zu leben. Das dürfe nicht dahingehend mißverstanden werden, als bildeten die neuen Herausforderungen, konkret also die Einigung Europas, einen höchsten Wert. Vielmehr müsse man z.B. über die westeuropäische Aufrüstung sehr kritisch nachdenken. Wäre es nicht möglicherweise gerade die Aufgabe der Prediger des Evangeliums, „sich entschlossen gegen jede Politik zu wenden, die eine sehr bedenkliche Erhöhung unserer militärischen Sicherheit auf Kosten echter Partnerschaft mit den Völkern der Entwicklungsländer erzielte“?

Grundsätzlicher und schärfer noch vertrat Walz, der Generalsekretär des Deutschen Evangelischen Kirchentages, die Position der Arbeitsgemein-

⁸² Dort kam auch der unsinnige Bericht im „Spiegel“ (vom 21. 8. 1963) zur Sprache über Nora Beloff, „The General Says No“, und die Arbeit der Kommission. Vgl. P. Abrecht an Peter Kirk, 5. 11. 1963. Ebd.

⁸³ EE, Nr. 19, 27. 11. 1963.

⁸⁴ „Die Herausforderung an die europäischen Kirchen im Europa von heute“. Ebd., 1–6, Zitat 6.

schaft.⁸⁵ Die moderne, säkulare Gesellschaft habe gelernt, urteilte Walz, zu existieren, ohne nach Gott und der Kirche zu fragen. Sicherlich müsse diese Entwicklung akzeptiert werden, denn sie sei unumkehrbar. Doch darum dürften Christen und die Kirchen sich nicht aus dieser Welt und Gesellschaft zurückziehen. Exakt eine solche Haltung erschien Walz aber als weithin charakteristisch für den Protestantismus. Weil in dessen Theologie und Frömmigkeit die Gesinnung dominiere, habe er „keinerlei Kategorien“ für die Gestaltung sozialer und politischer Einrichtungen entwickelt. Er sei stark in der Negation – also jetzt in der theologischen Kritik an der westeuropäischen Einigung als eines angeblichen Restaurationsversuches des „christlichen Abendlandes“ oder eines ebenso beharrlich unterstellten einlinigen Antikommunismus: Aber sei dieser Protestantismus auch in der Lage, graduelle Verbesserungen zu fördern und sich für den relativen Fortschritt zu engagieren? „Die Kirche darf aber nicht zugeben, daß es für sie gleichgültig ist, wie die menschliche Ordnung in den einzelnen staatlichen Gemeinschaften beschaffen ist. Es darf für sie nicht einerlei sein, ob im einen System der Mensch relativ rechtlos gemacht wird, während er im anderen eine faire Chance hat, sein relatives Recht zu finden.“

Pointiert bescheinigte Walz sodann den protestantischen Kirchenführern eine „provinzialistische, wenn nicht sogar sektiererische Mentalität“. Dem korrespondierten dann umgekehrt Weltkonzepte, Globalentwürfe für die Menschheit – nur eben keine praktischen Beiträge für reale Verbesserungen des konkreten Zusammenlebens. Walz schloß: „Es ist Gefahr im Verzuge, daß die Emanzipation der europäischen Kirchen von dem ihnen so lange anhaftenden Regionalismus und Nationalismus sie nicht in die Freiheit des Evangeliums zum konkreten Dienst an den menschlichen Gemeinschaften, sondern in den Zwang des Gesetzes einer kosmopolitischen Utopie und, damit verbunden, zum Rückfall in eine bloß nationale Häuslichkeit führt.“

Inzwischen praktizierten freilich nicht nur die protestantischen Kirchen, sondern ebenso die westeuropäischen Staaten eine solche Politik. De Gaulles Vorgehen blockierte massiv den europäischen Einigungsprozeß. Sein Veto gegen den Eintritt Großbritanniens in die europäische Gemeinschaft erschütterte auch die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft. Gleichzeitig wucherte die Verstrickung der USA in den Vietnamkrieg. Wohin man auch blickte: die Situation erschien zunehmend hoffnungslos. Für das Komitee kam erschwerend hinzu, daß man sich ja längst fragte, was denn noch für die Fortsetzung der Arbeit in der bisherigen Weise spreche. Auch unter diesem Gesichtspunkt hatte man an der Wende 1962/63 noch einmal über Möglichkeiten einer Kooperation mit der KEK diskutiert.⁸⁶ Dann kamen erneut die Kirchenführer in den Blick.⁸⁷ Ebenso wurden Kontakte mit der

⁸⁵ „Die protestantischen Kirchen Westeuropas angesichts der Europäischen Gemeinschaft“. Ebd., 7–12, Zitate 9–12.

⁸⁶ Vgl. dazu die vorbereitenden Schreiben vom 12. und 13. 12. 1962 von Abrecht an Walter Bauer bzw. von Glen Garfield Williams an die Vorstände von CCREC und KEK. AÖR, CCREC, 1961–1963.

⁸⁷ Rundschreiben vom 6. 3. 1964. AÖR, CCREC, 1964–1966. Besonders beeindruck-

in Brüssel entstandenen ökumenischen Gruppe aus Pfarrern, Gemeindegliedern und Beamten der europäischen Behörde gesucht.⁸⁸ Und schließlich entschloß man sich auf der Tagung in London am 23./24. Oktober 1965, erneut einen offenen „Brief an die Kirchen und Christenräte in Europa“ zu schreiben.⁸⁹

Der Grundgedanke dieser Stellungnahme war die Warnung vor dem Nationalismus, der doch schon so viel Leid über die Völker Europas gebracht hatte, und das Werben für die Fortsetzung des westeuropäischen Einigungsprozesses, durch den eine neue übernationale Gemeinschaft entstehen könnte. Deshalb sollten die Kirchen in der gegenwärtigen politischen Krisenzeit ihre Glieder „zur dringenden Auseinandersetzung mit den gestellten Fragen, zum Gebet und zum Handeln aufrufen“.

Das Echo auch auf diesen Vorstoß war wieder ziemlich bescheiden. Der britische Kirchenrat signalisierte mangelndes Interesse,⁹⁰ die „Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland“ erklärte sich für solche Themen nicht zuständig.⁹¹ Lediglich die Kommission für Auswärtige Angelegenheiten des Französischen Kirchenbundes verfaßte eine ausführliche Stellungnahme. Darin hieß es: Nicht allein der Nationalismus stelle eine Gefahr für den Frieden dar, sondern mindestens ebenso bedrohlich sei die imperialistische und antikommunistische Politik der USA. Deshalb sehe man sich nicht in der Lage, das Schreiben der Arbeitsgemeinschaft mit einer positiven Empfehlung an die Gemeinden weiterzureichen.⁹²

Welche Möglichkeiten bestanden dann aber noch für eine effiziente Weiterarbeit des Kreises? Das Fazit intensiver Gespräche und Überlegungen in den folgenden Monaten lautete: Wir müssen versuchen, die Basis zu verbreitern, mehr repräsentative Mitarbeiter zu gewinnen, immer wieder die Kirchen anstoßen, aber gleichwohl ihnen gegenüber selbständig bleiben. Auch eine Zusammenarbeit mit den Evangelischen Akademien wurde

kend ist unter den nicht sehr zahlreichen Reaktionen das Schreiben von Bischof Kunst an Patijn vom 28. 3. 1964 (ebd.). Dort heißt es u.a.: „Ich könnte Ihnen nur nachdrücklich zustimmen in dem, was Sie über das Gewicht der europäischen wirtschaftlichen und politischen Integration sagen. Man macht es sich am einfachsten deutlich an der Landwirtschaft. Vor allem wir Deutschen stehen durch die europäische Integration in einem Strukturwandel der Landwirtschaft und damit unserer ländlichen Kirchengemeinden, der an Belang sicher nicht hinter den Problemen der jungen Großstädte im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zurückbleibt. Es ist mir überhaupt sehr schmerzlich, daß es bisher nicht gelungen ist, daß die Evangelische Kirche in Deutschland für die europäischen Fragen jene Beiträge leistet, die man billigerweise von ihr erwarten müßte. Es ist seit langem für mich erregend, daß die umfassenden Publikationen in Deutschland ausschließlich aus katholischen Federn kommen, die aus begreiflichen Gründen häufig so tun, als hätte die evangelische Christenheit nur geringe Züge im Antlitz Europas gezeichnet.“

⁸⁸ Rundschreiben Abrechts vom 2. 7. 1964, ebd.

⁸⁹ Abgedruckt in EE, Nr. 21, 2. 11. 1965, 5 f.; auch als hektographiertes Blatt verbreitet.

⁹⁰ Schreiben von N. Salter an Patijn vom 22. 4. 1966. AÖR, CCREC, 1964–1966.

⁹¹ Schreiben vom 27. 4. 1966, ebd.

⁹² Réponse à la lettre du CCREC aux Eglises européennes. 7. 1. 1966. Ebd.

erwogen. Mit solchen Zielsetzungen vor Augen wollte man vorläufig noch weitermachen.⁹³

Sehr überzeugend klang das freilich kaum. Folgerichtig begann die Gruppe jetzt auch abzubrockeln. Trocmé z.B. schrieb im Mai 1966, er scheidet aus, denn es sei nicht sinnvoll, die Existenz des Kreises künstlich zu verlängern.⁹⁴ Rollier vermißte in seiner erneuten furiosen Kritik am ringsum wachsenden Nationalismus in Europa „un esprit prophétique“ in der Arbeitsgemeinschaft.⁹⁵ Die französische Politik de Gaulles nannte er schlicht lächerlich. „Et la France peut faire la grenouille qui veut devenir boeuf, mais ne peut pas empêcher les autres européens d'en rire.“ Tatsächlich jedoch bildete dieser französische Nationalismus eine zusätzliche Belastung für die Arbeit des Kreises, da er diesen – wie den französischen Protestantismus insgesamt – in Anhänger und Gegner de Gaulles teilte. Auch deshalb hielt man es dann für besser, das für den November 1966 angesetzte Treffen mit offiziellen Repräsentanten europäischer Kirchen zunächst einmal zu verschieben.

Nichtsdestoweniger wurden während der Zusammenkunft in Paris im November 1966 wichtige Entscheidungen gefällt.⁹⁶ Kohnstamm vor allem und daneben Patijn entwarfen ein neues Konzept für die Arbeitsgruppe: Sie sollte in Zukunft „Christliche Arbeitsgemeinschaft für Europäische Einheit“ heißen (Christian Study Group for European Unity/Groupe d'études chrétiens pour l'unité européenne), ihr neues Blatt „Europäische Verantwortung“ (European Response/Engagement européen). Darin wollte man mit einem noch zu berufenden Herausgeberkreis die Probleme des Kontinents im Weltzusammenhang behandeln. Schließlich erstellte man einen Finanzierungsplan – bei dem allerdings die USA den Löwenanteil aufzubringen hätten.

Max Kohnstamm war es auch, der für Paris einen eindrucklichen Artikel über die „Theologische Motivation der Europäischen Integration“ entworfen hatte.⁹⁷ Ausgehend von dem alten Vorwurf – der jetzt längst nicht mehr den Fakten entsprach –, daß die Arbeitsgemeinschaft allzu pragmatisch und theologisch unreflektiert zu handeln pflege, unterstrich der Autor, daß der Christ – anders als die Kirche – agieren *müsse*. Dabei könne ihm die Kirche helfen – und zwar vor allem so, daß sie die Menschen informiere, wie die Liebe zu Gott mit der Liebe zum Nächsten zu verbinden sei. Dazu gehöre aber auch die Ermutigung, unterschiedliche ethische Möglichkeiten untereinander zu diskutieren, „by encouraging its members to discuss these choices together, in full awareness of their being united in God's love, even

⁹³ „Resumee of Decisions taken during last Meeting of CCREC“, Frankfurt. May 21.–22. 1966. Zusammengestellt von Patijn, 13. 7. 1966, ebd.

⁹⁴ Schreiben vom 14. 5. 1966 an Patijn. Ebd.

⁹⁵ Schreiben vom 15. 5. 1966 an dens., ebd.

⁹⁶ Materialien ebd., vor allem ein Resumee von Patijn vom 19. 12. 1966. Im gleichen Sinn informierte Abrecht Visser't Hooft am 29. 11. 1966. AÖR, Headquarters Staff: P. Abrecht, 1949–1967.

⁹⁷ „Theological Motivation for European Integration“, 3 S. AÖR, CCREC 1964–1966. Danach das Folgende.

if their political conclusions are very different“. Das bedeutete dann im Blick auf die Tätigkeit des Kreises: Natürlich bot er nicht *die* richtige theologische und politische Antwort. Denn die Frage konnte ohnehin nur lauten, ob man sich im Einklang mit – oder möglicherweise auch nur: nicht im Widerspruch zu – fundamentalen Grundsätzen der biblischen Botschaft befand.

Für die Bewältigung dieser Problematik nannte Kohnstamm zwei Gesichtspunkte, durchaus im Wissen darum, daß er sehr grundsätzliche ethische Entscheidungen hier lediglich postulierte. Zum einen bezeichnete er sich als „überzeugten Kontextualisten“: „I am a convinced contextualist, which means that I believe that we can only understand the biblical message in *concrete* situations; I do not believe that God's command can ever be separated from such concrete situations. God's command is not a function of the context but becomes a living reality only in relation to one specific and unique situation. There is therefore no code containing moral rules or recipes always to be followed.“ Zum andern: Die biblische Botschaft bietet Richtpunkte für die Bewältigung konkreter Situationen, nun also auch im Blick auf die verantwortliche Zuwendung von Christen zum europäischen Einigungsprozeß. Solche Richtpunkte sind: die Liebe Gottes; die Bosheit und zugleich die Ebenbildlichkeit des Menschen; die Forderung, allein Gott zu verehren – was in der Politik nur heißen könne, dem Menschen zu dienen; die Offenheit der Geschichte auf Gott hin; schließlich die Sinnhaftigkeit wie auch die Begrenztheit menschlichen Handelns in diesem Kontext. Das Mühen um die Einigung Europas entsprach alledem – bzw. es widersprach diesen Gesichtspunkten nicht. Denn da wurden Strukturen geschaffen, um Freiheit zu ermöglichen und ihren Mißbrauch zu verhindern; da ging es um die Zurückdrängung der Nationalismen und die Eröffnung und Erweiterung von Verantwortung, Nähe und guter Nachbarschaft unter Menschen und Völkern.

Das alles bedeutete dann für das Lehren der Kirche: Sie würde wohl nur sehr selten eine bestimmte Rolle als im Einklang mit der biblischen Botschaft bezeichnen können. Sie müsse gewiß immer wieder die eine oder andere Politik verurteilen. Doch die Regel sei das sicherlich nicht. „Therefore, the prophetic task of the Church is simply to say: look at Man as he really is, dangerous and in revolt against God, against his neighbour and himself. Look at Man as he really is, the Crown of God's creation. Do not despair of history – because God invests history with meaning. Do not worship abstractions – but worship the living God. Love your neighbour, not things or traditions or institutions. Remember that the future is open, can be shaped by you, whatever the past has been. And the pastoral task of the Churches seems to be to reopen communications. The Church therefore should engage people in dialogue, but should shun polemics.“

Kohnstamm schloß mit der Warnung: „The most dangerous temptation for the Church is to concern itself with its own image instead of with serving Man. And the greatest danger for the Church is to be side-tracked from such service by muddled thinking, sentimentalism and romanticism – the last two really being forms of love of selfs, not balanced by real love of one's neighbour.“

Diese Überlegungen bündelten die früheren Gedanken und Anstrengungen der Arbeitsgemeinschaft. Und sie sollten gleichzeitig die Zukunft bestimmen. Doch die sah 1967 düsterer aus denn je. Die Hoffnung auf finanzielle Unterstützung aus den USA hatte sich zerschlagen; an die Edition eines neuen Blattes war somit nicht zu denken, noch weniger an eine eigenständige Organisation.⁹⁸ Trotzdem gab man nicht auf. Theologische Fragen und Überlegungen standen bei der nächsten großen Tagung im Mai 1968 im Windsor Castle in London einmal mehr im Vordergrund.⁹⁹ Roger Mehl aus Straßburg sprach über den Dialog zwischen Theologie und Politik und aktualisierte dabei Bonhoeffers Unterscheidung zwischen Letztem und Vorletztem¹⁰⁰: Europa zu bauen, war gewiß keine christliche Aufgabe. Auch ein vereintes Europa könnte immer nur ein Vorletztes sein und niemals ein letzter Wert. Aber Christen, die um Gottes Reich und damit um dieses Letzte wüßten, könnten all' ihr Tun doch wohl nur in diesem Lichte sehen und gestalten. Insofern steuerten sie, betonte Mehl, dem allgemeinen Mühen um Europa – als „Erbe und Verheißung für die Zukunft“ – eine besondere Motivation bei. „The Christian's political task is therefore to introduce a new motivation into human projects and political plans.“ Erheblich pragmatischer charakterisierte Alan R. Booth die christliche Perspektive hinsichtlich der europäischen Einigung. Sie war für ihn so mehrdeutig, wie alles im Leben und in der Geschichte.¹⁰¹ Was bedeutete das für den Christen? In erster Linie das Wissen um eine offene Zukunft, erklärte Booth: „there is by the grace of God a future, and it is his [= jedes Menschen] job to move into that future with adventure and enthusiasm while at the same time trying not to repeat the worst mistakes of his past“.

Präziser, aber auch unerbittlicher legte Hans Hermann Walz schließlich die Gründe für die unübersehbare Distanzierung der Kirchen gegenüber dem europäischen Einigungsprozeß bloß.¹⁰² Er diagnostizierte eine tiefgreifende religiös-politische Weigerung der europäischen kirchlichen Elite, sich mit den Leistungen und Belastungen der eigenen Vergangenheit zu identifizieren, ja sich auch nur damit auseinanderzusetzen. Daraus resultiere dann eine unentwirrbare Mischung aus Bußgesinnung und Entschuldigungen, natürlich vielfältig theologisch motiviert, um die europäische Tradition hinter sich zu lassen, die doch ein so wesenhaftes Element der Kirchen auf diesem Kontinent bildete; um gleichsam aus der Geschichte auszusteigen in der Sehnsucht, noch einmal radikal anders und ganz neu anfangen zu können. „Yet, all these attempts have in due course shown that this past can only be overcome by further developing the means which it has provided itself: rational mindedness, historical research, technical and social skill together with the basic concepts of ‚transcendence‘ not as an order but as a process and of the ‚soul‘ not as a part yet as a dimension of

⁹⁸ Rundschreiben Patijns vom 13. 3. 1967. AÖR, CCREC, General-1970.

⁹⁹ Dokumentiert in EE, NR. 23, 17. 6. 1968.

¹⁰⁰ Ebd., 7 f.

¹⁰¹ Ebd., 9–12.

¹⁰² „Why is the Importance of the Ingration Process so little understood in the Churches?“ Ebd., 13–16.

the human being. In this situation ‚Europe‘ signifies to the Churches their power – of which they are afraid – and their weakness – which they do not want to recognise. How should they advocate anything European? [...] The disease at the root of all that seems to me the fact that they have not worked their way up through the European past with a view to making a European contribution to the future of mankind under present ecumenical conditions as a distinct part of the whole Christian Church.“

Walz setzte seine Hoffnungen zuletzt auf eine Gruppe von Christen aus verschiedenen europäischen Ländern, die sich nicht nur mit politischen Themen befassen würden, sondern auch mit theologischen, historischen und soziologischen. Natürlich hatte er dabei seine Kommission mit im Blick. Diese mühte sich auch offenkundig um die Verbreiterung ihres Ansatzes: neben die Beschäftigung mit politischen Problemen sollte die Auseinandersetzung mit den Herausforderungen des sozialen Lebens treten.¹⁰³ Aber würde die Kommission das alles leisten können? Zur internen Kritik kam die äußere. So fragte z.B. eine junge Frau aus dem Stab des Ökumenischen Rates, wieso man angesichts der Realitäten des Jahres 1968 eigentlich meinen könne, das Thema der Einigung Westeuropas besitze noch irgendeine Relevanz.¹⁰⁴

Die nächste – und letzte – Tagung der Arbeitsgemeinschaft fand vom 16. bis zum 18. Mai 1969 in Bossey statt.¹⁰⁵ Der Rücktritt de Gaulles ließ neue Hoffnungen sprießen. Trotz aller Spannungen und Schwierigkeiten im Westen und Osten Europas, in den Beziehungen zu den USA und zu den Ländern der Dritten Welt – in militärischer, politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht –, sah man eine „echte Chance, um die bereits verlorene Zeit wieder einzuholen und der Errichtung Westeuropas einen neuen Impuls zu geben. Es ist an den Kirchen, die Zeichen der Zeit zu lesen und nicht eine Gelegenheit verstreichen zu lassen, die vielleicht die letzte sein könnte.“ Was also war zu tun? Unter der Überschrift „Europa – als Übungsplatz der Solidarität“ unterstrich Max Kohnstamm einmal mehr den ethischen Charakter des „Weges zur Europäischen Einheit“: „Die Entscheidungen, vor denen Europa jetzt steht, sind nur scheinbar technischer und neutraler Natur. Um ihre Auswirkungen zu begreifen, muß man gewiß denken, diskutieren, studieren und vernünftig argumentieren. Aber im tiefsten Grunde sind sie ethische Entscheidungen über Solidarität und das Leben als Bürger miteinander. Aus diesem Grund kann es sich niemand, ob jung oder alt, leisten, an den Entscheidungen, die wir jetzt zu fällen haben, nicht innerlich beteiligt zu sein.“

Intensiv hatten sich die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft in Bossey auch über die Zukunft ihrer Gruppe unterhalten. Ihr Plan war, die nächste Zusammenkunft durch die KKIA organisieren zu lassen – wodurch man einerseits die Basis verbreitert und den Ökumenischen Rat auf die eigene Arbeit verpflichtet und andererseits eine offizielle Regelung seiner Bezie-

¹⁰³ So Abrecht an das Kirchliche Außenamt der EKD, 25. 6. 1968. EZA 6/85/1534.

¹⁰⁴ Pamela H. Gruber an Abrecht, 17. 5. 1968. AÖR, CCREC, 1967–1969.

¹⁰⁵ Berichte darüber in EE, Nr. 24, Sept. 1969. Zitate 9 und 15.

hungen zur eigenen Gruppe und zur KKIA, zur KEK sowie der „moribunden“ Prager Christlichen Friedenskonferenz erreicht hätte. Nur so lange wollte man noch weitermachen. „Es hat keinen Zweck, weiter zu gehen in der heutigen Form“, schrieb Patijn.¹⁰⁶ Aber gleichzeitig unterstrich er, daß die Arbeit, die man geleistet habe, unbedingt eine Fortsetzung finden müsse. „So many important decisions can be expected in Western Europe in the next few years, with great consequences for East-West relations and the developing countries, that the churches will need a competent body for discussion and moral evaluation of the European political process“.¹⁰⁷

Ein Jahr später war endgültig klar, daß nichts von alledem sich realisieren ließ. Weder der Ökumenische Rat noch die KKIA wollten sich auf die europäische Thematik festlegen lassen; und die KEK dachte nicht daran, sich engagiert mit dem westeuropäischen Einigungsprozeß zu befassen. Deshalb – fuhr Patijn im Sommer 1969 fort¹⁰⁸ – habe er Verbindungen mit dem „Ökumenischen Zentrum“ in Brüssel aufgenommen. Dieser Kreis bewege sich weithin auf derselben Linie wie die Kommission, sei auch zur Zusammenarbeit bereit und genieße im übrigen die Förderung der westeuropäischen Kirchen. Man dürfe davon ausgehen, „that the Centre will become gradually the permanent representation of European Churches to the European Communities“. Das war dann in der Tat der Fall.

Der Plan, noch im November 1970 in Brüssel eine gemeinsame Veranstaltung durchzuführen, ließ sich nicht realisieren. Aber nach intensiven Gesprächen und Verhandlungen konnte Patijn am 15. Dezember die Kommissionsmitglieder dahingehend informieren, daß man mit dem Ökumenischen Zentrum in Brüssel sowie dem katholischen „Informationsbüro über europäische Probleme“ zusammen im Frühjahr 1974 in England eine große Tagung über das Thema „Christen und die europäische Gemeinschaft“ veranstalten werde.¹⁰⁹ Erwartet wurden etwa 200 Teilnehmer. Zur Vorbereitung sollte 1973 ein Buch mit der Darstellung der wichtigsten diesbezüglichen Themen herauskommen.

Ein Jahr später dankte Patijn Paul Abrecht noch einmal für alles, was er für die Arbeitsgemeinschaft geleistet habe, zumal in den frühen Jahren der europäischen Zusammenarbeit.¹¹⁰ Doch die Zeit dieses Kreises sei nun vorbei. Jetzt gelte es, neue Menschen mit christlicher Überzeugung in verantwortlichen Positionen zu suchen und mit ihnen neue Formen der Zusammenarbeit zu erproben. Es gelte, fuhr Patijn fort, Verbindungen in der Art von „Rotariern“ zwischen Politikern und Kirchenführern aufzubauen, um dabei die Bedeutung und das Gewicht der Laien angemessen ins Spiel zu bringen. Weder der Ökumenische Rat noch die KEK könnten dafür die nötigen Voraussetzungen bieten, zumal die westeuropäischen Kirchen jetzt über eigene Verbindungen zum Ökumenischen Zentrum für Kirche und

¹⁰⁶ Patijn an Walz, 11. 6. 1969. Privatbesitz Patijn.

¹⁰⁷ Schreiben vom 28. 7. 1969 an Abrecht. AÖR, CCREC, General-1970.

¹⁰⁸ Schreiben vom 7. 6. 1970 an Abrecht und Rundbrief an die Kommissionsmitglieder vom 16. 7. 1970. Privatbesitz Patijn.

¹⁰⁹ Schreiben vom 15. 12. 1972. AÖR, CCIA-Europe: General.

¹¹⁰ Schreiben vom 3. 1. 1974. AÖR, CCREC, General-1970.

Gesellschaft in Brüssel verfügten. Endlich äußerte Patijn die Hoffnung, daß die Unterlagen der Arbeitsgemeinschaft nicht verlorengehen möchten. „They will tell an unknown story – and an interesting one – to future researchers.“

Anschriften der Autoren:

Dr. Christoph Marksches
Stauffenbergstraße 11
72074 Tübingen

Dr. Ralf Kötter
Am Roggenkamp 154
48165 Münster

PD Dr. Irene Dingel
Wissenschaftlich-Theologisches Seminar
Kisselgasse 1
69117 Heidelberg

Prof. Dr. Martin Greschat
Institut für Evangelische Theologie
Karl Glöckner Straße 21 / Haus H
35394 Giessen